

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Frischau wöchentlich am Samstag.  
Abonnementssatz pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Berlingsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Ritterstraße 16 a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insetionsgebühr pro schriftgepalte Kolonieblatt:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von

**386300**  
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

## Die Landtagswahlen in Sachsen.

a. Seit der letzten Septemberwoche ist innerhalb der weissgrünen Grenzschleife die Landtagswahlbewegung im vollen Gange. Von Tag zu Tag nimmt sie an Lebhaftigkeit zu. Obwohl zugetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, bis zum Wahltermin am 21. Oktober, noch reichlich zwei Wochen Frist sind, wird in den von der Industriearbeiterchaft beherrschten Distrikten der Landtagswahlbewegung fast dasselbe Interesse gewidmet wie einer Reichstagswahl. Noch nie zuvor hatten wir in Sachsen einen so scharfen Landtagswahlkampf. Weshalb? Es wirken verschiedene Ursachen zusammen. In erster Linie ist die diesjährige Landtagswahlbewegung eine Fortsetzung des Kampfes um das allgemeine Landtagswahlrecht, der in Sachsen ja noch vor wenigen Monaten sächsischen Wogen im politischen Leben zeitigte. Vor allem aber wirkt auch der Umstand belebend auf den Landtagswahlkampf, daß seit 1848 zum erstenmal wieder die Wahlen in allen Wahlkreisen zugleich vorgenommen werden, während bisher immer nur ein Drittel der Abgeordneten neu gewählt wurde. Das wichtigste aber ist, daß durch diese Landtagswahlen in ganz Sachsen das neu eingeführte Pluralwahlsystem erprobt wird. Obwohl kein aufgeklärter Arbeiter darüber im Zweifel ist, daß dem sächsischen Volke damit ein neues schweres Wahlrecht von neuem beschert worden ist, wird man doch alles aufzuzeigen, soviel Arbeitervertreter wie nur möglich in die Zweite Kammer zu bringen, um dort den Kampf mit der sächsischen Reaktion aufzunehmen.

Kein Zweifel kann darüber obwalten, daß durch das neue Pluralwahlsystem der Einfluß des wertvollen Volkes bei Wahlen sehr erheblich eingeschränkt und die Vertretung der Sozialdemokratie im Landtag auf ein Minimum reduziert wird, das sich zahlenmäßig zwar noch nicht angeben läßt, aber kaum wesentlich mehr als ein Zehntel der 91 Abgeordneten, die für die Zweite Kammer überhaupt vorgesehen sind, ausmachen dürfte.

Nach dem neuen Pluralwahlsystem werden die Wähler in vier Klassen eingeteilt, die je nach Einkommen, Besitz und Alter verschieden viel Zuslagsstimmen, höchstens aber vier bekommen. Natürlich hat in der Regel das höhere Einkommen und der größere Besitz vier Stimmen, während die Arbeiter fast durchgängig mit einer Stimme abgefunden werden. Es haben die Besserstiuerten also viermal mehr Stimmrecht als in der Regel die Arbeiter. Diese Feststellung genügt schon zur Kennzeichnung der Tatsache, daß das neue sächsische Vierklassensystem ein schlimmes Wahlrecht ist, vor allem aber ist es ein Wahlrecht gegen die Arbeiter. Man wollte damit vor allem eine Schutzmehr gegen ein stärkeres Eindringen der Sozialdemokratie in die Zweite Kammer errichten und hat deshalb besonders die Arbeiter minderen Rechts erklärt. Offen hat der Führer der konservativen Landtagsfraktion, Hofrat Opitz, bei dem Wahlrechtsgesetz in der Deputation erklärt: Die Voraussetzungen für die Erteilung von Pluralstimmen müssen derart festgelegt werden, daß solche nur den nationalen Wählern, also in der Haupttheorie konservativen und nationalliberalen, zugute kommen könnten. Nach diesem Rezept ist auch gearbeitet worden, deutlicher und brutaler konnte man wohl nicht offenbaren, daß dieses Pluralwahlrecht ein Mittel zur Erhaltung der konservativ-nationalliberalen Mehrheit werden sollte. Das hat man auch daraus gemacht.

Betrachtet man sich aber die Bestimmungen über die Erteilung von Zuslagsstimmen etwas näher, so erkennt man, daß mit allen Teufelskünsten ein eminent arbeiterfeindliches System geschaffen worden ist. Es ist da zunächst allgemein festgelegt, daß eine (die erste) Zuslagsstimme erhalten sollen alle die Wahlberechtigten, die im vorigen Jahre mehr als 1600 Mark Einkommen versteuert haben. Deutlich erkennt man, schon an der Festlegung dieser Einkommengrenze, daß selten ein Arbeiter auf Grund seines Einkommens eine Zuslagsstimme erhalten kann. Das wird noch schwieriger, weil von diesem Einkommen auch noch der Steuererlaß in Abzug gebracht wird, den man kinderreichen Familienwähtern auf Grund des Kinderparagraphen gewährt, soweit sie nicht mehr als 3100 Mark Einkommen haben. Tatsächlich aber verlangt man 1600 Mark versteuertes Einkommen als Voraussetzung für die erste Zuslagsstimme nur von dem Arbeiter. Der Beamte, Privatangestellte, Handwerksmeister und alle Geschäftslute, die das Wahlrecht zur Gewebehälfte haben, erhalten schon bei 1400 Mark Einkommen eine Zuslagsstimme. Noch mehr hat man die Hausbesitzer begünstigt, die nur 1250 Mark Einkommen nachzuweisen brauchen, doch müssen 100 Steuereinheiten auf ihrem Konto stehen. Letztere Bestimmung hat man erst nachträglich eingefügt. Weshalb? Man war dahinter gekommen, daß in manchen Gegenden Sachsen viele Arbeiter ein Häuschen besitzen. Die Bevorzugung der Hausbesitzer wäre daher auch einem Zeile der ansässigen Arbeiter zugute gekommen, wenn man nicht noch eingefügt hätte, daß 100 Steuereinheiten auf dem Grundstück eingetragen sein müssten. Die Arbeiterhäuser haben nun doch in der Regel bei weitem nicht so viel Steuereinheiten, daher hat man durch nachträgliche Einfügung dieser Bestimmung erreicht, was man wollte, nämlich die ansässigen Arbeiter um die Zuslagsstimme gebracht.

Noch weit mehr aber als Beamte, Hausarbeiter und Büffler hat man die Bauern begünstigt. Sie brauchen überhaupt

kein Einkommen nachzuweisen und erhalten doch Zuslagsstimmen. Es genügt, wenn sie zwei Hektar Land bewirtschaften, ebenso erhalten die Gärtner ohne Rücksicht auf das Einkommen Zuslagsstimmen, wenn ihre Anlage einen halben Hektar umfaßt. Hier hat man offenbar der Tatfrage Rechnung getragen, daß viele Bauern eine besondere Fertigkeit in Steuerhinterziehungen haben. Hätte man für sie eine Einkommensgrenze festgesetzt, hätten sie wenig oder gar keine Zuslagsstimmen erhalten, das wollten aber besonders die Konservativen verhindern, weil die Bauern heute ja noch zur sichersten Gefolgschaft dieser reaktionären Partei gehören. Man hat daher von den Bauern den Nachweis eines versteuerten Einkommens überhaupt nicht verlangt und sie dadurch bei der Verteilung der Zuslagsstimmen ganz besonders begünstigt, wodurch sich die Konservativen von vornherein ein starkes Stimmengewicht gesichert haben.

Man fordert aber auch bei der Erteilung der dritten und vierten Stimme von den Bauern kein Einkommen, sondern auch da nur eine bestimmte Fläche Land. So erhalten Agrarier vier Stimmen, wenn sie 8 Hektar Land bewirtschaften, während die Gärtner in diesem Falle 2 Hektar nachweisen müssen. Doch sind auch bei der Erteilung der zweiten und dritten Zuslagsstimme Hausbesitzer, Büffler und Beamte mehr begünstigt als andere Wähler. Während allgemein für die Zuteilung der zweiten Zuslagsstimme (also der dritten Stimme) 2200 Mark Einkommen gefordert wird, brauchen diese Leute nur 1900 Mark, die Hausbesitzer bei 150 Steuereinheiten nur 1600 Mark Einkommen zu haben. Es erhalten also die Hausbesitzer bei demselben Einkommen zwei Zuslagsstimmen, wo Arbeiter nur eine erlangen können. Für die dritte Zuslagsstimme wird allgemein ein Einkommen von 2800 Mark gefordert; Büffler und Beamte brauchen aber nur 2500 und Hausbesitzer bei 200 Steuereinheiten nur 2200 Mark.

Etwas sei noch, daß alle Wähler, die älter als 50 Jahre sind, eine Altersstimme erlangen. Doch dürfen in keinem Falle mehr als vier Stimmen abgegeben werden. Vereinzelt verhilft das höhere Alter auch Arbeitern zu Zuslagsstimmen. Natürlich erreichen aber sehr viel Arbeitewähler dieses Alter überhaupt nicht.

Aus alledem ergibt man aber, daß durch dieses Pluralwahlsystem besonders der rückständige Teil der Wählerschaft begünstigt wird, der den vollständlichen Parteien in der Regel Gefolgschaft leistet. Viele Arbeiter werden auch noch dadurch völlig um ihr Wahlrecht gebracht, weil alle Steuererstattungen bis 1908 zurück rücksichtslos von der Wählerliste gestrichen werden.

Das neue sächsische Pluralwahlrecht ist zwar noch durch keine Wahl erprobt; es hat sich aber schon bei der Aufführung der Wählerlisten gezeigt, daß es die volksentzogene Wirkung ausüben wird, die man von ihm erwartete. Doch kommt das in einzelnen Kreisen weit schlimmer als in anderen zum Ausdruck. So wie aufreibender Weise durch dieses Wahlrecht der Besitz zur Herrschaft kommt, zeigt sich besonders in Dresden. Dort haben in vier Wahlkreisen die Bierstimmerwähler allein die Mehrheit. So sind im vierten Wahlkreis dieser Stadt zusammen 3892 Bierstimmerwähler vorhanden, die 15 568 Stimmen haben, während die 6546 Wahlberechtigten mit drei, zwei und einer Stimme zusammen nur über 11 279 Stimmen verfügen. Ähnlich ist es in drei anderen Dresdener Kreisen. Auch in zahlreichen mittelstädtischen Wahlkreisen überwiegen die Bierstimmerwähler entweder allein oder doch mit den dreistimmigen Wählern zusammen. In allen diesen Wahlkreisen ist ein Erfolg der Arbeiterpartei natürlich völlig ausgeschlossen, hier herrscht der Besitz unumstritten infolge der Pluralstimmen.

Nicht so schlimm wirkt das Pluralwahlrecht in den Arbeitervororten und den Vorstädten, überall dort, wo ärmeres Einwohner, besonders Arbeiter die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung bilden. In derart zusammengelebten Wahlkreisen stellen die Wähler mit einer und zwei Stimmen in der Regel die Mehrheit der Wahlberechtigten, in einigen Wahlkreisen sogar die erdrückende Mehrheit. Sowohl überhaupt für die Sozialdemokratie Aussicht auf Erfolg besteht, kann das natürlich nur in diesen Wahlkreisen der Fall sein, doch ist dazu eine weitere Voraussetzung nötig, nämlich, daß die Arbeitnehmer der sozialdemokratischen Partei geschlossen Gefolgschaft leisten. Sowohl diese Voraussetzungen zusammenwirken, erscheint ein sozialdemokratischer Sieg im Bereich der Möglichkeit.

Sonst ist die Situation für die Sozialdemokratie äußerst günstig. Der Steuerauflauf hat eine arge Verhinderung auch im Bürgertum hervorgerufen und die kleineren Leute sind dadurch geradezu erstickt worden. Es werden unter solchen Umständen Leute sozialdemokratisch wählen, die das sonst nicht täten, oder werden aus Angst über die neuen Steuerlasten nicht zur Wahl gehen. Unter solchen Umständen ist eine richtige Probe mit dem neuen Pluralwahlrecht nicht recht zu machen. Wie dem auch sei, die sächsische Sozialdemokratie hat den Kampf mit der sächsischen Reaktion mit Umsicht und Energie aufgenommen. In der entrichteten Wählerschaft liegt es, dafür zu sorgen, daß den Volksfeinden eine Niederlage beigebracht werde. Vor allem ist es auch Pflicht der organisierten Metallarbeiter Sachsen, an dem Kampf um ein besseres Wahlrecht und eine Arbeitervertretung im Landtag unter Einsicht aller Kräfte teilzunehmen. Denn jede Arbeitervertretung in einer gesetzgebenden Körperschaft bildet auch einen Stützpunkt für die gewerkschaftliche Organisation.

## Die christliche Internationale.

Es gab eine Zeit, da hofften die Christlichen wichtig über die Internationalität der modernen Arbeiterbewegung. Internationale Kongresse politischer oder gewerkschaftlicher Art schienen ihnen das Überflüssigste und Unnötigste von allem; dort wurde unerreichbare und unmöglichen Dingen nachgejagt, während sie, die Augen Christlichen, sich in wisser nationaler Beschränkung praktischer und nützlicher Arbeit widmeten. Und der Internationalismus galt ihnen außerdem als Waterlandelosigkeit, als Mangel an „nationaler Gesinnung“, und gern spielten sich die Christlichen demgegenüber als die „nationalen“ auf und taten sich viel darauf aus, daß sie als Mitglieder der „christlichen“ Arbeiterbewegung so viel besser seien als die, die die „Internationalität“ der proletarischen Bewegung befürworten. Indessen, die Christlichen haben sich schon in so manchen Dingen befürchtet, sie haben schon so manches, was sie vorher verdammt oder beßertet, uns Sozialisten nachmachen müssen, doch es uns nicht wundern kann, wenn sie sich schließlich auch zu den Erkenntnissen ausschwören, daß es für das Proletariat Interessen gibt, die über die Landesgrenzen hinausreichen und die deshalb nur im Einvernehmen auf internationaler Grundlage zu wahren sind. Die christlichen Textilarbeiter am Niederrhein, deren Lebenslage stark beeinflußt wird durch zwandernde Textilarbeiter aus Belgien und Holland, waren die ersten, die Verständnis für die Notwendigkeit internationalen Einvernehmens unter den Arbeitern gewannen, und so fand denn schon im Juli 1900 eine internationale Konferenz christlicher Textilarbeiter statt, an der außer 20 Deutschen 4 Holländer und 4 Belger teilnahmen. Seit 1902 sind diese Konferenzen durch Hinzutritt weiterer Länder zu internationalen Kongressen erweitert worden; die christlichen Holzarbeiter und die christlichen Bauarbeiter traten ebenfalls mit den gleichgearteten Organisationen anderer Länder in Beziehung, und so konnte man denn im August 1908 dazu übergehen, in Zürich eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer statzfinden zu lassen. Seit der Zeit gibt es eine „christliche Internationale“ — eine Bezeichnung, die auch von christlicher Gewerkschaftsführer statzfindet, wobei die Herren natürlich nicht unterlassen, hervorzuheben, um wieviel besser und erfolgreicher als die sozialistische die christliche Internationale zu wirken verstehe.

Nun, wir wissen, was es mit diesem Gerüchte auf sich hat. Haben schon in Deutschland die Christlichen, trotzdem sie hier noch am stärksten sind, nur wenig zu bedeuten, so kommen sie in anderen Ländern noch viel weniger in Betracht. Die Konferenz in Zürich hatte besonders eine Aufgabe: für die „christliche“ Gewerkschaften zu wirken. Wir wissen aus Deutschland, daß die Bischöfe den interkonfessionellen Organisationen nicht hold sind; daß sie eine Gefährdung des Seelenheils ihrer frommen Schäfchen darin sehen, wenn diese sich dem Verlehr mit andersgläubigen Kollegen aussetzen; daß sie die rein katholische Organisation, für Berufsfragen die Fachabteilung innerhalb der katholischen Arbeitervereine, für die etwaig richtige halten. In Holland haben die Bischöfe diesen Standpunkt noch entschiedener vertreten, und da man gerade von hier aus ein Eingreifen der Bischöfe, das einem Verbot der christlichen Gewerkschaften gleichkommen könnte, befürchtete, deshalb richteten die Herren Schiffer, Weber u. s. w. in Zürich ihre Absage an die Einladung der Bischöfe in die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter mit besonderem Nachdruck auch an die holländische Adresse, denn die Gefahr lag nahe, daß wenn erst in Holland die Bischöfe mit dem Verbot der christlichen Gewerkschaften vorgegangen waren, das Beispiel auf Deutschland zur Nachahmung reizte und der Episkopat hier in gleicher Weise gegen die christlichen Gewerkschaften vorgehen könnte. Aber es hat sich gezeigt, daß die Demonstration der christlichen Internationale zugunsten der interkonfessionellen Gewerkschaften in dieser Beziehung völlig wirkungslos geblieben ist. Im Juli 1909 haben die holländischen Bischöfe in einem Pastoralen über die Arbeitervereinigungen ihren „christlichen und ausdrücklich“ Wunsch kundgegeben, daß „sie ihnen unterstellt werden, befürchtete, deshalb richteten die Herren Schiffer, Weber u. s. w. in Zürich ihre Absage an die Einladung der Bischöfe in die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter mit besonderem Nachdruck auch an die holländische Adresse, denn die Gefahr lag nahe, daß wenn erst in Holland die Bischöfe mit dem Verbot der christlichen Gewerkschaften vorgegangen waren, das Beispiel auf Deutschland zur Nachahmung reizte und der Episkopat hier in gleicher Weise gegen die christlichen Gewerkschaften vorgehen könnte. Aber es hat sich gezeigt, daß die Demonstration der christlichen Internationale zugunsten der interkonfessionellen Gewerkschaften in dieser Beziehung völlig wirkungslos geblieben ist. Im Juli 1909 haben die holländischen Bischöfe in einem Pastoralen über die Arbeitervereinigungen ihren „christlichen und ausdrücklich“ Wunsch kundgegeben, daß „sie ihnen unterstellt werden, befürchtete, deshalb richteten die Herren Schiffer, Weber u. s. w. in Zürich ihre Absage an die Einladung der Bischöfe in die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter mit besonderem Nachdruck auch an die holländische Adresse, denn die Gefahr lag nahe, daß wenn erst in Holland die Bischöfe mit dem Verbot der christlichen Gewerkschaften vorgegangen waren, das Beispiel auf Deutschland zur Nachahmung reizte und der Episkopat hier in gleicher Weise gegen die christlichen Gewerkschaften vorgehen könnte.“

Dieser „christliche und ausdrückliche Wunsch“ der holländischen Bischöfe kommt einem Verbot der christlichen Gewerkschaften gleich; statt ihrer werden die rein konfessionellen Fachvereinigungen empfohlen, deren Wesen dadurch gekennzeichnet ist, daß ihre Statuten der Genehmigung durch die Bischöfe bedürfen und daß ihnen, ebenfalls vom Bischof, ein „christlicher“ Beirat bestellt wird, der, wie es in dem Pastoralen heißt, darüber zu wachen hat, „daß keine Beihilfe gefäßt werden, die mit der Religion und der Moral in Widerspruch stehen, der für die religiösen und sittlichen Interessen der Vereinigungen und ihrer Mitglieder zu sorgen und den Frieden sowohl zwischen den Mitgliedern untereinander wie auch mit anderen Vereinigungen und Ständen zu fördern hat“ — also eine Organisation, die vollständig in ihrem Tun und Dienen der Kirche ausgestattet ist. Und wie verhalten sich nun die holländischen Kollegen unserer Christlichen, die mit diesen zusammen in Zürich angemeldet der Interkonfessionallität der Gewerkschaften demonstriert haben und die schon durch die dort gesetzten Beschlüsse, die einstimmig angenommen wurden, auf das Eintritt in die interkonfessionellen Organisationen verpflichtet sind? In Holland, wo die

Arbeitergespaltung auf religiöser Grundlage am weitesten gediehen ist, gibt es außer katholischen und evangelischen auch noch gemischte konfessionelle Gewerkschaften, unter denen der christliche Legitarbeiterverband „Unitas“ als älteste Organisation, die auch mit dem deutschen christlichen Legitarbeiterverband in engster Verbindung steht, hervorträgt. Und gerade diese „Unitas“, eine der Schulen des christlichen Internationalen, in als reine Organisation von den internationalen nach der konfessionellen Seite hin abgesondert, sie hat den christlichen und ausdrücklichen Wunsch der Bischöfe prompt erfüllt und Ende August beschlossen, „dass sie unter den gegenwärtigen Umständen den Mitgliedern ansetzen will, in die katholischen Fachabteilungen einzutreten.“

Die „Unitas“ gehört zur internationalen Vereinigung christlicher Legitarbeiter und Herr Schäffer, der Gründer dieser Vereinigung, blickt sich gerade auf die Bundesgewerkschaft der Holländer besonders viel ein. Und jetzt dieser Absatz von der christlichen Gewerkschaftsbewegung, dieser Derrat an den Beschlüssen der Bischöferkonferenz! Die christliche deutsche Legitarbeiter-Zeitung sieht sich zu dem Bekenntnis veranlasst, daß „alle im Kriege nach dieser holländisch-christlichen Gewerkschaftsbewegung in vollständig neuem Rahmen einzutreten“ werde. Das Blatt macht sich nicht an, der „Unitas“ Vorschlägen machen zu wollen, glaubt ihr aber doch „in aller Kollegialität“ sagen zu dürfen: „Die Unitas“ hat als Mitglied der internationalen Vereinigung dieser gegenüber Verpflichtungen. Soweit wir die Sache beurteilen können, wäre eine Aussprache mit den führenden Kollegen der internationalen Vereinigung angebracht. Die „Unitas“ ist natürlich durchaus selbstständig, aber sollte ein gegenseitiges Vertrag, denn nicht angebracht sein? Ist denn die Sache der „Unitas“ nicht zugleich Sache der internationalen christlichen Legitarbeiterbewegung?

Man sieht, die „christliche Internationale“ hat ein Dach. Was sich dort zusammenfindet, ist ein Sammelsurium von erstens unbedeutenden und zweitens in ihren Grundzügen durchaus holländischen Gewerken der verschiedensten Art. Zugleich aber beweisen diese Vorgänge, was es mit dem Gedanke der Christlichkeit auf sich hat, daß ihre Organisationen durchaus unabhängig und selbstständig seien — auch der Kirche gegenüber. Sie sind, wie das holländische Beispiel zeigt, in ihrem Verstand wie in ihrem Tun und Lassen abhängig von den Gußlinien der Bischöfe, die sie dulden können, wie in Deutschland, aber auch verbieten können, wie in Holland. Und wer weiß, ob nicht bald an die christlichen Gewerkschaften auch in Deutschland der „christliche und ausdrückliche Wunsch“ der Bischöfe herantritt, daß die katholischen Mitglieder sich vereinigen in katholischen Fachabteilungen! Wenn es geschieht, dann werden die Herren Bisselius, Schäffer, Weber und Genossen diesem „Wunsche“ nicht minder willig folgen, wie es die Christlichen in Holland getan haben.

## Metallarbeiterverhältnisse in Baden.

(Schluß.)

Durch mehrere Beispiele wird wieder die hinzuhende Leistungsfähigkeit und Nutzbarkeit illustriert. So wurden in Mannheim die Verhältnisse in 43 handwerksmäßigen Schlossereien und mechanischen Betriebsteilen näher untersucht und dabei ermittelt, daß neben 176 Gehilfen 174 Lehrlinge beschäftigt wurden. In 25 Betrieben, also in mehr als der Hälfte, überschreitet die Zahl der Lehrlinge die der Gehilfen, und zwar fanden auf 99 Gehilfen 89 Lehrlinge. Nur bei 12 Betrieben entsprach die Zahl der Lehrlinge der der vorhandenen Gehilfen. Die Lehrzeit war durch die Lehreträger allgemein auf 3 Jahre festgesetzt. Dabei erhalten die Lehrlinge im ersten Jahre meistens 1 M., im zweiten 2 bis 2,50 M. und im dritten Jahr zwischen 3 und 6 M. Taschengeld in der Woche. Die tägliche Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 10 Stunden, meistens beträgt sie wie in den Verbänden der Metallindustriellen angehörenden Fabriken 9½ Stunden. Wohnung und Versorgung beim Meister sind durchweg aufgehoben.

In einigen, besonders von Maschinenfabriken mit ihren Lehrlingen abgeschlossenen Lehrverträgen fanden sich Verplumungen, nach jedem Lehrling als Garantie für vollständiges Durchmachen der Lehre an jedem Jahrgang ein bestimmter Betrag bis zu einer Gesamtsumme von 50, ja 100 und 150 M. vom Lohn abgezogen und als Entschädigung für vorzeitige Aufzehrung des Lehrvertrages eingeschalten werden. Da diese Verplumungen der Gewerbeordnung zuwidersetzen, wurden die Firmen angehalten, die Verträge umgehend abzubrechen und die eingeschalteten Abzüge mindestens bis zu dem Betrag eines durchschnittlichen Monatslohnes den Eltern oder Vermündern der Lehrlinge zurückzuzahlen. Über die erfolgte Rückzahlung war ein Nachweis zu erbringen, was auch gelang. Nur in einem Falle kam ein besonderes Interessanter Fabrikant der Anschwung nicht nach und hielt es für genügend, wenn er die Verträge auf der Spurkarte auf den Namen der Lehrlinge anlegte, wobei er jedoch das Spurkartenbuch selbst in Verwahrung nahm, um wenigstens etwas in der Hand zu haben. Auf Veranlassung der Fabrikinspektion

## Technische Rundschau.

(Schluss nach Folioseiten. — Elektrische Schmelzung. — Autogenes Schneiden, Schweißen. — Säcke bei autogenem Schneiden. — Gasentzündung nach Ende. — Glashüttes Verfahren. — Autogenes Schweißen. — Metallgraphie. — Gußgussdrehmaschinen.)

In den letzten Jahren haben für die Verarbeitung und Bearbeitung von Metallen, in erster Linie von Eisen, die sogenannten autogenen Verfahren eine Bedeutung erlangt, die ohne Zweifel mit der Verbreitung der Verfahren immer mehr wächst wird. Der Gedanke, Metalle durch auf eine bestimmte Stelle beauftragte Schmelzung von Eisen zu trennen, ist nicht neu. Es war einstiger Zeit wurde berichtet, daß in Mexiko zwei Eisenautoren soviel Eisen durch geschmolzenen Eisenstein trennen, daß man aus den Schmelzen eines elektrischen Bades erzeugte, deren umgebene Höhe 3000 bis 4000 Grad, den Körper glühte an der heftigsten Stelle unbeschreiblich. Weitere Entwicklung schreit daher fortwährend, technisch infolge der Unbefriedigung bei der Schmelzung, nicht gegeben zu haben.

Aus der Bildung des elektrischen Stroms und mit gleichzeitig zum Schmelzen und Schweißen, und zwar direkt und nicht über den Mittelweg einer durch einen Gleichstromkreis eingeschalteten Säge verhindert. In den Urheberrechten Amerikas, wo es bestimmt ist, daß kein Holz genutzt, das durch Schmelzung auf dem zentralen Wege große Schwierigkeiten macht, hat man dies dadurch gehoben, daß man auf den Sägen einen Platzhalter legte und diesen durch einen kurzen elektrischen Strom, der von einer transformatorischen Anlage erzeugt wurde, glühen ließ. Der Plazhalter schmilzt sich so unter hoher Reibungswärme ab, daß er den Kurzschluß unterbricht. Dieses Verfahren soll durch die Schaffung leichter Ausdehnung und die Geschwindigkeit gegenüber den jenseitigliegenden Sägen in den Balkenfabriken große Verwendung gefunden haben.

Das möglichst nützlichere autogene Schneiden vom Stahl wird heute bereits in vielen Werkstätten Deutschlands mit sehr guten Resultaten ausgeführt, so daß höhere Anprüche darüber hinaus zu erfüllen sein werden. Dieses autogene Schneiden bezeugt darin, daß auf die zu schneidende Stelle, die durch eine knall-

wunden die Spülseifenbücher den Lehrlingen oder deren Eltern aufgestellt.

Der Betrieb einer Gußfabrik, in der durchschnittlich 16 Arbeiter beschäftigt sind, wurde schon 1907 gelegentlich einer Revision erledigt über die bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung beigebracht, da er seiner noch nicht 16 Jahre alten Lehrlingen vor, und nachmittags nur ungünstige Pausen gewährt habe, von einer Strafversetzung war damals abgesehen worden. Bei der im gleichen Jahre vorgenommenen Fabriküberprüfung ergab sich, daß die ungestüme Beschäftigung der Jugendlichen fortbestehe und ohne genügende Pausen täglich 10½ Stunden beschäftigt würden. Es erfolgte nun ein Strafentzug, wogegen der Fabrikant beim Bezirksamt erst geltend zu machen versucht, daß er keine jugendlichen Arbeiter, sondern bei der Handwerkskammer angemeldete Handwerkslehrer beschäftige, auf die die Fabrikgesetzgebung keine Anwendung zu finden habe; diese Einsrede war nicht stichhaltig, da durch Reichsgerichtsentscheidung seit lange festgestellt ist, daß die Lehrlinge einer Fabrik als Fabrikarbeiter anzusehen sind. Bei der Gerichtsverhandlung gab der Fabrikant an, sein Betrieb sei überhaupt keine Fabrik, sondern eine Schlosserwerkstatt und erzielte mit diesem Einwand die einstweilige Ausschaltung der Verhandlung. Das Gericht erhob bei der Fabrikinspektion ein Gutachten über den Charakter des Betriebes. Auf Grund einer nochmaligen eingehenden Besichtigung des Betriebes konnte der Betrieb keine Garantie erwerben, daß dieser alle wesentlichen Merkmale einer Fabrik aufweise. Im Gutachten wurde noch bemerkt, daß es im vorliegenden Falle gar keinen Unterschied mache, ob der Betrieb als Fabrik oder als Motorwerkstatt mit mehr als 10 Arbeitern angesehen werde, da die Bestimmungen der § 185 Abs. 3 und 186 der Gewerbeordnung, gegen die verstochen war, Anwendung finden. Der große Aufstand endete mit der Verurteilung des Gesellschverächters zu 10 M. Geldstrafe. In einer Baugelöferei, deren Betrieb sich als Motorwerkstatt mit mehr als 10 Arbeitern charakterisiert, wurden den drei unter 16 Jahre alten Lehrlingen bei 10stündigter Arbeitszeit Vor- und Nachmittagspausen nicht gewährt. Der Unternehmer wurde deswegen vom Schöffengericht zu 18 M. Geldstrafe verurteilt. Der Besitzer eines Hammerwerkes im Schwarzwald wurde wegen des gleichen Vergehens zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Für alle diese aus reinster maschineller Ausbeutungs- und Gewinnsucht begangenen Vergehen sollten ganz andere Geldstrafen verhängt werden, Geldstrafen, die dem durch Gesetzesverletzung erzielten Mehrgewinn entsprechen und noch etwas darüber hinausgehen würden.

Eine Apparatefabrik im Schwarzwald mit 8000 Stundenbetrieb im Monat, die dem durch Steigerung ihrer Leistungen ohne Zwischenpausen führt für ihre jugendlichen Arbeiter den Nachmittag mit je 4 Stunden vor- und nachmittags ein, um ihnen keine Pausenpausen gewähren zu müssen.

Entsprechend der herkömmlichen Wirtschaftskrise war die Uebertreibarbeit im Berichtsjahr wesentlich geringer als in den früheren Jahren. Sie umfaßte nur 34 823 bezahlte bzw. entgelte Stunden gegen 89 072 in 1907, 216 755 in 1906 und 414 256 in 1905. Die Zahl der an der Uebertreibarbeit beteiligten Arbeiterinnen belief sich auf 217 gegen 4789 in 1907.

Die Krise war auch der Erfolg der verkürzten Arbeitszeit günstig. Wenn auch die Reduktionen zunächst unter dem Druck der Krise erfolgten, so ist doch die Überzeugung, daß Einschränkungen der Arbeitszeit nicht im gleichen Verhältnis Produktionsausfälle zur Folge haben müssen, unverkennbar auch in solche Fabrikantenkreise eingedrungen, welche bis jetzt in jeder Verkürzung der Arbeitszeit eine wirtschaftliche Beeinträchtigung und in der beschäftigten geschäftlichen Ruin erblicken zu müssen glaubten. So kommt es, daß die Arbeitgeber mit vereinzelten Ausnahmen mit Gleichmut dem 1. Januar 1910 entgegensehen, welcher ihnen den zehnstündigen und an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen sogar den achtsätzigen Normalarbeitsstag für Arbeitnehmer, das heißt in den meisten Fällen für den ganzen Betrieb bringen wird und daß sie auch ohne den gefürchteten Stromfang kaum mehr auf die früher üblichen längeren Arbeitszeiten zurückgegangen wären. In Zukunft werden zweifellos nur diejenigen Betriebe kommen, deren technische Errichtungen unvollkommen und veraltet sind und bei denen insgesamt die individuellen Leistungen der Arbeiterschaft ohne wesentlichen Einsatz auf die Produktion bleiben.

Sehr glückliche Erfahrungen mit der Einführung achtstündiger Wechselseitigkeit im kontinentalen Betrieb möchte eine große Knopf- und Perlenfabrik. Die meisten der an den Glühöfen beschäftigten Arbeiter erreichten nach kurzer Zeit die gleiche Lohnhöhe in der achtstündigen wie früher in der zwölfstündigen Schicht.

Aufzweckmäßig lange Arbeitszeiten bestehen, noch in den mittleren Betrieben der elektrischen Kraftzentralen, bei den größeren Fabriken des Oberlandes und auch in kleineren Elektrizitätswerken zur Versorgung von Gemeinden mit Licht und Kraft, in denen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit bis zu 18 Stunden besteht! Dabei müssen trotz der körperlich nicht anstrengenden Arbeit die Arbeitnehmer zugrunde gehen. Aber es besteht leider keine gesetzliche Haftpflicht zur Einschränkung dagegen, die aber nun geschaffen werden sollte.

Sonntagsarbeit bleibt in gesetzlich zulässiger und un-

gefährlicher Form. So wurden in einem Hammerwerk Sonntag für Sonntag unterschiedliche Nebeltage vorgenommen, wodurch die Bedienung durch die Betriebsarbeiter verringt werden mußten. Die beiden Betriebsarbeiter wurden bedroht zu je 20 M. Geldstrafe, soweit in der gleichen Straße wegen der Verschärfung genügender Zwischenraum verstreift.

Mit Verfehlung konfrontiert die Fabrikinspektion die sehr geringen Wirkungen der in den Tarifverträgen festgesetzten, bis zu 100 Prozent des Kapitals betragenden Lohnzuschläge für die Verschärfung der Sonntagsarbeit. Ratscher als dies durch gesetzliche Maßnahmen hätte erreicht werden können, haben sich die Unternehmer auf diesem Wege dazu verstehen müssen, von der früher üblichen Sonntagsarbeit abzugehen. Der Satz, daß, wo Strom vorliegt, sich auch die Mittel finden, stimmt völlig mit der Beobachtung überein, daß technische Wege zur Beseitigung der Sonntagsarbeit gefunden und eingeschlagen wurden, die noch vor kurzem als durchaus ungängbar bezeichnet worden waren. „Wenn auf irgendeinem Gebiet, so ist die Arbeiterschaft ihren Organisationen darin zu danken verpflichtet, daß diese ihnen arbeitsfreie Sonntage verschafft haben.“

Der Bericht erwähnt, daß die Urteile der Unternehmer über die Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Lohnhöhe noch immer sehr von einander abweichen. Während in einem und demselben Industriezweig der eine Teil glaubt, daß die Arbeiter im Stande seien, durch Steigerung ihrer Leistungen ohne Lohnzuschüsse unfehlbar auf die alten Verdienste zu kommen, bestreitet dies der andere Teil mit aller Entschiedenheit und schlägt es ausschließlich einer entsprechenden Lohnzuschüsse zu, wenn die Verdienste nicht ausreichend gegangen seien. Ein Leguminenfabrikant stellt der Fabrikinspektion eine lohnstatistische Uebersicht zur Verfügung, wonach in dem Vierteljahr Mai, Juni, Juli 1908 bei 11stündigter Arbeitszeit 52 982,99 M. an Arbeitseinkünften bezahlt wurden und in den gleichen Monaten 1909 bei 10stündigter Arbeitszeit und iniziellischer erfolgter 10prozentiger Lohnzuschüsse 52 805,98 M., so daß nur eine kleine Differenz besteht. Der Bericht bemerkt nicht ungutstellend dazu, daß für die meisten Industriezweige für den normalen Arbeiter eine durchschnittliche Leistungsgrenze angenommen werden muß, die sich innerhalb der 10- bis 11stündigen Arbeitszeit befindet.

Aus der Brüderpraxis sei erwähnt, daß eine Firma auf die heutige Klage eines Arbeiters hin gerichtlich verurteilt wurde, die ihm während der Dauer seiner Beschäftigung vom Sohne abgezogenen Geldstrafen wieder herauszuholen. Das Gericht erklärte derartige Lohnabzüge nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz und dem Bürgerlichen Gesetzbuch als unstatthaft. Dieser gerichtliche Entscheid ist sehr beachtenswert, um so mehr, als die „Brüderpraxis“ noch in mancher Fabrik ihr unehrenhaftes Wesen treibt, wofür auch aus mehreren Uhrmachfabriken sprechende Belege beigebracht werden.

Die Arbeiterorganisationen, darunter auch der Deutsche Metallarbeiter-Verein, haben Mitgliederverluste erlitten, aber in Pforzheim hat die Zahlstelle hessischen eine bedeutende Mitgliedervermehrung erfahren, die einen hohenfreudlichen organisatorischen Fortschritt bedeutet. So geht es vorwärts trotz allem.

## Aus Amerika.

Von Haggin.

X.

Um goldenen Tor.

San Francisco liegt im Gebiet der habituellen Habituell — gewohnheitsmäßig, regelmäßig wiederkehrend) Erdbeben. Das Gruben der Erde wird hier gar manchmal vernommen, im allgemeinen richtet es aber wieder Schaden an noch vermindert es die Lebenslust. Seit dem großen Erdbeben des Jahres 1906 ist die Sorglosigkeit allerdings stark gewichen und die Schwankungen der Erde werden mit banger Erwartung begleitet. Gar manchem rüttelt sie an den Nerven. Diesem Zustand tragen die Bettungen Rechnung. Sie bringen über die Erdstöße vierzehn Elegien in einer verlorenen Ede. Dadurch wird nicht nur manche Herbenattade, sondern auch der Wildgang der Bodenpfeile verhütet.

Die große Erdbebenkatastrophe im April 1906 legte wieder einmal die kommunale Wirtschaft vor aller Augen dar. Die halbe Stadt und ungezählte Menschenleben wurden vernichtet, nicht eigentlich von dem Erdbeben, sondern von dem darauf gefolgten Feuer. Dieses hätte bei weitem nicht den erschreckenden Umfang annehmen können, wenn die Behörden ihrer Aufgabe gewachsen gewesen wären. Der Brandgeruch mußte sich verflüchtigen vor dem Gestank, der der plötzlich zum Platzen gebrochenen Eiterbeule entstünde. Das rotende Element zeigte zum Entsetzen der Bürger die Ungeschicklichkeit der Wasserbeschaffung und des Löschwesens, die Knopflosigkeit der Behörden, die sträfliche Nachlässigkeit bei der Organisierung der öffentlichen Dienste und der Errichtung der Bauten; und an allen Enden schneidet die schreckliche Korruption. Aus der Brandstätte ragte das Rathaus, der Stolz der Bürger, als ein Denkmal der Schande. Voller überhalb Jahrzehnte hatte man für 38 Millionen Mark einen Badsteinhaufen aufgerichtet, den das Feuer wie ein Kartonhaus

Schlitzen befestigt und durch eine Spindel bewegt. Zur Herstellung genauer Rundschnitte wird eine Brennerkonstruktion an einem Stativ befestigt und an einem seit eingestellten Hebelarm in Kreise geschliffen.

Neben dem Brenner gehören zu dem Schneiden noch die Flaschen mit dem verdichten Gas, die gebrauchsweise mit dem erforderlichen Ventilen und Manometern von den chemischen Fabriken geliefert und durch mehr oder minder lange Schläuche mit den Brennern verbunden werden. Das Verfahren läßt also an Einfachheit nichts zu wünschen übrig. Die Vorteile des ausigenen Schneidens befinden hauptsächlich in seiner Geschwindigkeit und Bequemlichkeit. Die Schnittgeschwindigkeit beträgt bei Stücken bis 100 Millimeter Stärke bei dem Handbrenner pro Meter 6 Minuten, bei dem mechanisch bewegten Brenner sogar nur etwa 5 Minuten. Das autogene Schneiden erfordert in Kesselschmieden die langwierige Arbeit des Bohrens von Kammlöchern und Stuglöchern, die jetzt aus dem Material geschnitten werden können, es dient ferner als Schweißstellen zum Verbinden der Bleche, auf Bauten zum Verbinden von Teilen.

Bei dem wichtigsten Teil einer autogenen Schneideanlage gehört der Brenner. Nach Ausführungen des W. in einem Vortrag vor dem Bremer Beiratssenat benötigt Jürgen unterschiedliche Apparate, die mit dem Stoff geschmolzen und solche, bei denen der Brenner durch eine mechanische Vorrichtung fortbewegt wird. Die Sägen sind ebenfalls, die überwiegend eine mechanische Vorrichtung für die mechanische Schneidemaschine, die regelmäßig mit dem erforderlichen Ventilen und Manometern von den chemischen Fabriken geliefert und durch mehr oder minder lange Schläuche mit den Brennern verbunden werden. Das Verfahren läßt also an Einfachheit nichts zu wünschen übrig. Die Vorteile des ausigenen Schneidens befinden hauptsächlich in seiner Geschwindigkeit und Bequemlichkeit.

Die Schnittgeschwindigkeit beträgt bei Stücken bis 100 Millimeter Stärke bei dem Handbrenner pro Meter 6 Minuten, bei dem mechanisch bewegten Brenner sogar nur etwa 5 Minuten. Das autogene Schneiden erfordert in Kesselschmieden die langwierige Arbeit des Bohrens von Kammlöchern und Stuglöchern, die jetzt aus dem Material geschnitten werden können, es dient ferner als Schweißstellen zum Verbinden der Bleche, auf Bauten zum Verbinden von Teilen.

Der erforderliche Sauerstoff wurde bis jetzt in Deutschland nur nach dem Verfahren von Bünde aus flüssigem Luft hergestellt. In den Luftverdampfungsmaschinen von Bünde wird gewöhnliche Luft dadurch in flüssigen Zustand gebracht, daß sie bei einer Kälte von circa 200 Grad in starkem Maße verdichtet, komprimiert wird. Die Luft wird zuerst auf 200 Atmosphären komprimiert. Nach dem Komprimieren sinkt dann durch Ausdehnung der Luft und durch die sinnreiche Anordnung der Luftschläuche die Temperatur bis zu dem oben angegebenen Wert und verläßt die Maschine in flüssigem Zustand. Fügt man diese flüssige Luft dem Stoffstoff, der zweite Bestandteil der Luft, sich zu, verflüchtigt — Stoffstoff wird schon bei 196 Grad Kälte komprimiert. Nach dem Komprimieren sinkt dann durch Ausdehnung der Luft und durch die sinnreiche Anordnung der Luftschläuche die Temperatur bis zu dem oben angegebenen Wert und verläßt die Maschine in flüssigem Zustand.

Für den Stoffstoff wird durch die Stoffstoffmaschine, die sich die Ausbildung des autogenen Schneidversagens besonders leicht darstellen kann werden. Dieses autogene Schneiden bezeugt darin, daß auf die zu schneidende Stelle, die durch eine knall-

zusammengebracht. Was die Auswirkungen der Katastrophe verhindert, sollte durch die Überprüfung der Gelände &c. verdeckt werden. Die Gelände, die auf dem wortlosem Gelände durchgangig ganz sames bewohnt, füllte in den Stunden der militärischen Gefahr nur noch die allgemeine Desolatation. Sie arbeitete mit Härte, Gelt, überzeugten Wohlwollen und Denunci zum größten Unheil der Bürgerschaft. Die Reichen flüchteten. Die Armen wurden von dem Element aus ihrem Heim von Straße zu Straße, von Blod zu Blod, bis in die Abendnacht getrieben. Die in Öl auszunahmengerafften Goldschleppen langten kaum zur Bedeckung der Flühen. Nach wenigen Tagen summten Rassigkeit und Furcht vor dem Tod richteten sie sich im Freien wohnlich ein. Die Welt sollte das aus tausend Wunden blutenden Land zu Hilfe. Die gesamten Lebensmittel konnten dank der beobachtlichen Wirtschaftskraft nur mangelhaft verteilt werden; ein Teil verfaulte, ein anderer wurde wahllos verschleudert und nur ein geringer Teil fiel auf die wirtschaftliche Bevölkerung durch. Von Geld verschwand ein guter Teil in den weiten Taschen der Großbörse. Heute ist noch ein Fonds vom Schieber her vorhanden, der von "prominenten" Bürgern "verwalst" wird. Die Geschäftsmänner, die heute noch an allen Straßenenden über die Aktionen des Hilfskomitees und der Bevölkerung in die Ohren klingen, sind zu zufrieden und zu ungeheuerlich, als daß sie hier wieder gegeben werden könnten. Wäre auch nur der zehnte Teil davon wahr, sie könnten die Wohltätigkeitskassen im freien Calabrien nieder machen.

Die Katastrophe brachte anderweitig noch reichere Beute. Die öffentlichen Dienste mussten neu organisiert werden, neue Wasserversorgung, Gebäude, Bahnen &c. wurden zuerst dringend gebraucht. Diese bitters Not benutzten die Korporationen zur Brandstiftung der Stadt. In der Stadtbewaltung sahen gewissenlose Gesellen, die dazu nur allzu willig ihre Hände reichten. Die öffentlichen Anstalten wurden noch mehr zu Geldquellen für die Politiker, die Armenverwaltung Vorratekammern für deren Habsler; den Kompanien wurden millionenschwere Konzessionen &c. vom Stadtrat geschenkt, nachdem dieser den einzigen Tausend Dollar betragenden Judaslohn in seiner Tasche fühlte.

Zur Zeit der Katastrophe waren die Erwählten der Unionistischen Arbeiterpartei (Union-Labor-Party) als Mächtiger im Stadthaus. Nominal wenigstens. Dreimal hatte die Unionsmannschaft, unterstellt vom Kleinbürgertum, den "Unionbürgemeister" Schmitz mit seinen Freunden gewählt. Zum erstenmal war es der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in Amerika gelungen, die Verwaltung einer großen und reichen Stadt zu erobern. Es war dies nicht ein Zufall, wie ihn das politische Wechselspiel zuweilen gibt. Um goldenen Tor sprachen von jener die Arbeiter ein wirtliches Wort in den öffentlichen Angelegenheiten mit. Hier sind die Gewerkschaften seit Jahrzehnten stark an Zahl. Auch heute steht San Francisco relativ (und vielleicht auch absolut) mit der höchsten Zahl Gewerkschafter unter den Städten Amerikas oben an. In der kalifornischen Legislatur hat die Arbeiterpartei seit längerer Zeit (zurzeit 18) Abgeordnete. Allerdings ist von ihrer Wirksamkeit nichts zu spüren. Ihre andernthalb Dutzend Repräsentanten können gegen die sieben Dutzend der bürgerlichen Parteien nichts ausrichten, selbst wenn sie den Willen hätten und so viel politischen Verstand besäßen wie Ignoranz. Bei den städtischen Wahlen drang in San Francisco die Unionliste durch. An der Spitze der Erwählten stand als Bürgermeister der Eigenspieler des Columbia-theaters, Schmitz, von dem weiter nichts bekannt war, als daß er ein schöner Mann und guter Kerl sei. Er sollte sich später als kompletter Trottel und einfältiger Schwächling den Korporationen gegenüber entpuppen. Er steht jetzt noch unter Anklage wegen Annahme von Bestechungsgeldern und ähnlichem.

Die unionistische Arbeiterpartei war im Besitz der Verwaltung der Stadt. Der Unionismus hatte zum erstenmal Gelegenheit, der Welt zu zeigen, was er zu vollbringen imstande ist. Die Sozialisten standen ihm zwar feindlich gegenüber und konnten von der oft bewährten Beschränktheit, dem Konservativismus und der Männlichkeit nicht viel erwarten. Immerhin glaubten sie, von ihm erwartet zu dürfen, daß er sich doch wenigstens um ein Geringes über die bürgerlichen Vorgänger emporheben werde. Vieler Intelligenz bedurfte dies nicht und auch keines großen Verwaltungstalenten. Die äußeren Umstände waren ihm günstig. Leider wurden auch die beschleunigten Wünsche durch ihr trauriges Gegenteil erfüllt.

Die so oft gefälschte Bürgerschaft, beschreibt wie sie ist, wäre vollauf zufrieden gewesen, wenn nur der Stadtkorren aus dem flinkenden Vorstoß auf trockenem Boden geschafft und die geringen Wünsche der Leute für "gute Regierung" ihrer Verwirklichung nähergebracht worden wären. Und wären noch hygienische Einrichtungen und Fürsorge für die wirtschaftlich Gedrückten und mittellosen Kranken geschaffen worden: die Unionspartei hätte sich im Herzen des arbeitenden Volkes ein unverlösbbares Denkmal und ihren Ruhm und ihre Wiederwahl sichern können. Finanzielle Hindernisse wären, wenn vorhanden, leicht zu überwinden gewesen. Denn die Stadt ist von Natur, Handel und Industrie überreichlich mit Mitteln versehen. —

Was tat nun die unter günstigen Umständen mit schönen Versprechungen und leicht zu erfüllenden Hoffnungen ins Amt begleitete

nach Claude zur Herstellung des Sauerstoffes eingeführt. Die Luft wird in ihrer Anlage in Frankfurt durch einen Kompressor nach vorheriger Reinigung in einem Luftfilter angesaugt und geht, nachdem die durch die Kompression entstehende Erwärmung durch Wasserkühlung verrichtet ist, durch eine Reihe von Reinigungsgeräten, die mit flüssigem und festem Acetyl gefüllt sind, zu den Apparaten, in denen die Verlegung der Luft in Sauerstoff und Wasserstoff stattfindet. Dadurch, daß sich die verdichtete Luft unter Arbeitsleistung in einem kleinen Raum plötzlich ausdehnt, wird sie somit abgekühlt, daß sich der Sauerstoff zuerst versüßt, während der Stickstoff noch gasförmig bleibt. Dieser Sauerstoffflüssigkeit verdampft wieder und liefert schließlich ein Gas von nahezu 99 Prozent Sauerstoffgehalt, also reinen Sauerstoff. Der Sauerstoff wird dann in weiteren Kompressoren auf 150 Atmosphären verdichtet, in die Stahlflaschen gefüllt und ist dann verwandsfähig. Die Anlage kann 50 Kubikmeter in der Stunde leisten. Weitere Anlagen sind im Bau begriffen, so daß eine Verdopplung des Sauerstoffes zu erwarten ist.

Das zweite und ältere der autogenen Verfahren ist das der autogenen Schweißung. Bei der autogenen Schweißung werden die zu verbindenden Stellen durch die Flamme eines Gasgemisches, von dem der eine Bestandteil immer Sauerstoff, der andere Wasserstoff, Staubgas oder sehr häufig Acetylen ist, so erhitzt, daß die Metalle an der betreffenden Stelle direkt zusammenwachsen. Das Entzündungsgebiet der autogenen Schweißung ist äußerst umfangreich. Man kann mit ihr nicht nur die bisher üblichen Schweißarbeiten ausführen, sondern auch komplizierte Formen aus einzelnen Teilen herstellen, die man früher nur durch Nieten, Löten &c. herstellen konnte. Auch Reparaturarbeiten lassen sich jetzt rasch und sicher durch Schweißen ausführen. Von besonderer Bedeutung ist das autogene Schweißen für den Automobilbau und den Aufbautbau geworden. (Vergleiche auch die Aussätze über die "Sta" in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 34 und 36.)

Ein besonderer Vorzug des autogenen Verfahrens ist der Umstand, daß bei richtiger Anwendung die Metalle an den Schweiß- und Schnittstellen keine ungünstigen Veränderungen erleiden.

Das Königliche Materialprüfungsamt untersuchte auf Veranlassung der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron eine Reihe von Versuchsstücken, die nach dem autogenen Verfahren geschweißt waren. Nachdem auch die Werkstattversuche — Bearbeitung mit der Fritte und

Umspannung? Nun, was alles kostet, kommt es die Universität nicht auch nicht teuer. Im Städte und in Gemeinden nicht so die neue Straßenbeleuchtung und deren elektrischen Beleuchtung gekommen ist. Und in Schweiz, Italien, Frankreich und Spanien nicht gekommen ist. Bei der Verschärfung ihrer Macht und des Drucks des Gewerbes, während kam sie über den Korporationen mit höchst niedrigen Preisen entgegen. Nicht daß alle Mitglieder der Verwaltung diese gegenseitig seien. Einige mögen vielleicht von Haus aus auch ehrlich sein. Nur leider waren diese mit so wenig Größe bezogen, daß sie nicht für die Reinigung einer Bedürfnisanstalt gereicht hätten. Die Administration als Ganzes war korrupt durch und durch, so spätrüdiglich bis ins Einzelne, daß sie selbst die armen Leute im alten Armenhaus, die in eine früher für Rentnerhäuser noch brauchbare Baracke gedrängt waren, um ihre langen Mahlzeiten betrogen.

Wenn man von solch einer Unionspartei hört, darf man sich keinen Organismus mit selbststötigen Zellen vorstellen. Einige der größten Arbeiterführer der ganzen Welt, deren Gewissenlosigkeit nur von ihrer Breitmautigkeit übertrroffen wird, vereinigen sich in dem Appell an die schwielige Faust, in der Werbung um die Wahlstimmen der Männer aus der Werktat. Die Aussicht auf quibuszahlige Plätze treibt ihnen Nichtgentlemen, Ringkämpfer, Tagelöhner, Dummköpfe und auch ehrliche Arbeiter als Helfer zu. Und kann sich nun, wie es in Amerika so oft der Fall ist, keine der beiden kapitalistischen Parteien mit einem Kandidaten für den Tag wagen, ohne daß sie von allen rührigen Strohköpfen ange-weißt wird, so wächst die Aussicht des unter der Unionspartei versammelten Geschmeißes, wenn die beiden alten Parteien nicht schon von vorne herein dahinter stehen. Das Programm ist Programmlosigkeit, das Talent offenbart sich im Rückhalten der Versprechen, die Moral wird bestimmt von dem Gelde der Korporationen. Die Unionsführer sind nicht zum Vergnügen in der Politik, auch nicht aus Idealismus. Als echte Söhne des Goldlandes Amerika wollen sie Geld machen". Die Bestürmer und Gerechsame und die Macht einer Gemeinde sind zwar Gold wert, sind aber immer noch kein Bargeld. Zu solchem werden sie erst, wenn sie dem Unternehmertum verschafft werden. Der Verstärkung gehört daher ihr Talent und ihr Streben. Für die meiststötende Korporation wird der gemeine Unterton aufgeboten, Straßenbahnerstreit werden gegen knüchterne Gesellschaften inszeniert, kleine Elitigkeiten gewährt, um die in den Unionen vereinigten Bürger für die Verteilung von Konzessionen oder Kandidaten geneigt zu machen oder ein paar halsstarre Schreiter werden mit dem "großen amerikanischen Handschlag" zu entagierten Freunden gemacht.

Allles dies und noch vieles mehr wurde in San Francisco während des unionistischen Regimes fortgesetzt und mit Erfolg praktiziert. Kein Wunder, daß die Amtszeit der von den Unionen gewählten Verwaltung die beste Erneuerung der großen Korporationen war. Während ihres Regimes wehte die Flagge des Auktionsärs über dem Stadthaus. Als Auktionsär fungierte der "Boh" der Arbeiterpartei: der Abolat Ruef. Er bestimmte den Loschlag der Bestürmer und Gerechsame der Stadt. Die Stadträte (Board of Supervisors) kamen den Wünschen um so lieber nach, weil regelmäßig etwas für ihre Privatsachen darin enthalten war. Sie hatten bald alles, was das Gemeinwohl an Recht, Besitz und Gerechtigkeit und sonstigen Einnahmequellen behaft, verschachert. Von dem großen Feuerschein der Apriltag des Jahres 1906 drang Licht genug in die Kasernen im Rathaus, daß die Bürgerschaft die das Unionszeichen tragenden Dienstgefäßen erkennen konnte. Die Bilder, die da im Feuerschein am Hause vorbeizogen, trugen die guten Bürger zum Entsezen. Wütende Schreie nach "Reform" und Bestrafung der Sünder knallten an die Ohren. Nicht etwa, daß San Francisco vorher korruptionsfrei gewesen wäre. Gestohlen wurde immer. Niemand grämte sich besonders darüber. Aber diesmal hatte die Katastrophe die Elternde in ihrer ganzen Größe und über Nacht aufgedeckt und eine Katastrophe geschafft, die Güter und Menschen umgekehrt verschlang. Der Vorbericht nach "Gerechtigkeit" folgte diesmal lautes Echo. Das ist sonst in Amerika nicht der Fall. Der laute Widerhall wurde hier durch besondere Umstände geschaffen und klangeroll erhalten. Den ersten Opponenten der Korruption ging es schlecht genug. Das weiß das Bulletin am besten. Der Besitzer dieses unabhängigen Blattes wurde von einem Spitzgesellen der großen Diebe nachts halbtot geschlagen, sein Redakteur wurde von mit Polizeiautorität versehenen Strolchen überfallen und in eine andere Gegend veretzt. Die Verläufe der Zeitung wurden verprügelt, die Insassen eingeklüftet, die Ausfuhrtüren umgestürzt, bis endlich eine private, mit Schleihosen versehene Wache den Unfall festigte. Die Unionen büßten jedes ihrer Mitglieder mit fünf Dollars, wenn es die Zeitung laufen oder las, weil — es gegen ihre Partei schrieb. Doch beim Bulletin, diesem alleinständigen Streiter gegen die Korruption, sollte bald kräftige Hilfe kommen.

Bei den großen Raubzügen auf die Stadt hatten in der Hauptache nur die um die Straßenbahnen sich gruppierenden Interessenten profitiert, während eine andre gleich mächtige Kapitalsgruppe, die von dem Namen Spredels gedeckt wird, dabei leer ausging. Der alte Streit zwischen beiden Gruppen um den Besitz der Stadt

begann — keine Veränderung des Bleches erkennen ließen, bewiesen auch die genauen Untersuchungen des Amtes, daß die Schriftflächen beim autogenen Schneiden nicht leiden. Es muß aber bemerkt werden, daß gewisse Stahlsorten, wie Chrom- und Nickelstahl und einige Sorten von Stahlguß, an den Schriftflächen mehr oder weniger hart werden. Weitere Erfahrungen müssen für das verhältnismäßig noch junge Verfahren in bezug auf diesen Punkt jedenfalls noch gesammelt werden.

Die Untersuchungen des Materialprüfungsamtes bestanden hauptsächlich neben Randschlagsproben in metallographischen Prüfungen der Schnitte. Diese Untersuchungen bestehen darin, daß von dem zu untersuchenden Material Schlässe angefertigt werden, die, nachdem sie in bestimmter Weise behandelt — poliert und geäfft — sind, unter dem Mikroskop untersucht werden. Man kann aus der Art und Zusammensetzung des Gefüges, aus den ausgeschleiften Kristallen &c. wertvolle Schlüsse zur Beurteilung des Materials ziehen. Die Metallographie ist in den letzten Jahren zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für die großen Stahl- und Gußwerke bei der Untersuchung ihrer Produkte geworden, da sie in vieler Beziehung Vorgänge klar und kontrollierbar macht, die durch die chemische Analyse und andere Verfahren nicht verschlossen werden können.

Die Metallographie benutzt die sogenannten Erstarrungsbilder der Metalle und Legierungen, die den Zusammenhang zwischen der allgemeinen Erstarrung und Zusammensetzung und Anordnung der einzelnen Bestandteile der Legierung darstellen. Man hat auf diesem Wege durch mikroskopische Untersuchungen eine Reihe von bisher nicht genau definierten Eisenlegierungen — Ferrit, Perlit, Cementit, Martensit, je nach der Menge und Art des Kohlenstoffgehaltes — festgestellt, Legierungen, die erst über das Beben der einzelnen Stahlsorten wichtige Rückschlüsse geben können. Mit Hilfe von metallographischen Untersuchungen kann man Schweißstellen im Eisen erkennen, elektrostatisch und hüttemännisch gewonnenes Gußwerk unterscheiden und andere Untersuchungen vornehmen, die früher undurchführbar waren.

Während die Anwendung der Metallographie in den Gußwerken mehr in den letzten Jahren bei der Fabrikation von Bedeutung ist, hat ein anderer Fortschritt, die Ausnutzung der Gießtechnik, einen einschneidenden Einfluß auf die Entwicklung der Werke aus.

Kommt nun unter ähnlichen Umständen zum Platzen gekrönt und bedeutet den verbreiteten Verluste ein hoher Verlust verursacht werden. Dann jetzt war der Schein der Städte und Gemeinden und die öffentliche Meinung mit Spredels & Co. Diese für Bürgerliche Wohlstand und kommunale Städtebau in die Kreis Kolonie Richtung setzte ihre Millionen gegen die Straßenbahngesellschaft ein. Die eine wie die andere verschaffte, Betriebe, Betriebe, Gutsbesitzer, Kaufmannschaft und Dienstleistungen, Bürgermeister, Politiker, Nachzettel und Dienstleistungen. Ein Gentleman wurde dem Staatsanwalt als Kläger beigegeben mit der alleinigen Aussage, die öffentliche Dienste zu versorgen. (Wer diesem Kläger eigentlich die Gratifikation gibt, ist jetzt noch nicht recht klar; denn daß er aus Liebe zur Gerechtigkeit spricht, ist in Amerika nicht anzunehmen.) Die beiden Spredels sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites hängt die Herrschaft über die Stadt ab. Der Prozeß ist bei höchsten Einstufungen vor. San Francisco wird in den nächsten Jahren einen kolossalen Aufschwung nehmen durch Eröffnung des Panamakanals, der Ausbeutung der Kolonien und des riesigen, an Erzen und Eisen zu reichen Staates; die Schiffahrt wird sich gewaltig erhöhen, der Handel vermehren, die Industrie verstärken. Die Seiten sparen die Mittel nicht. Wenn von dem Ausgang dieses Streites häng

gibt einen Wink erhalten aber eine bedeckte Rundschreiben angehört hat, dann wird das Urteil unsichtbar umgeschnitten.

Wehe aber, wenn ein vom Gunst gezeichneten Arbeiter ein Prost ist! Die ganze Erbahrungsmöchte führt sich auf ihn. Geschafft wird er durch die Straßen geschleppt, sein Bild kommt in die Verbrechergalerie, alle Sitzungen dringen sein Bild mit langen, von den politischen Richtigenlemen verfeindeten Kommentaren über die Schuhfertigkeit seiner Firma und über die Sachanleitungen der östlichen Organe. Dann wird der arme Leutel von Leuten, deren ganges Leben ein Verbrechen ist, verhöhnt, gequält, gewinnt und von einem Richter, der durch Betrug ins Amt gekommen und sich darin durch Prostitution oder Vergewaltigung des Rechts zugunsten der Verhörenden hält, zu schwerer Strafe verurteilt. Nur wenn er alt und schwach, für die Buchausverwaltung nicht mehr ausbeutungsfähig ist, kann er in der Regel auf die Gunst der Vergnügungsbedürfe hoffen. Das in Amerika Beugniszwang, Folterung, Prügelstrafe etc. noch bestehen und die Gefängnisse zum Zell Höllehöhlen sind, darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden. Man sucht vergeblich in allen Weltstädten nach einem passenden Wort, um das Konglomerat von Betrug, Gemeinkheit, Verbrechen, Gewalt, Entneidung und Gewalt zu beschreiben, das sich amerikalisches Zustand nennt, treffend zu bezeichnen! —

Der Mälzer im Schmiede der hellen Kapitalsgruppen steht die Bevölkerung von San Francisco mit geteilten Gesühnen gegenüber. Es scheint oft, als ob es sich für sie dabei nur um ihre fremde Dinge handelt, die nur Gleichgültigkeit verdienen. Also nach Schluss der Strafverfahren werden täglich laut, weil dabei ja doch nichts herauskommt und weil es dem Geschäft und — dem guten Ruf der Stadt schadet.

Die schaumische Mitherrschaft mache natürlich der Unionherlichkeit ein Ende. Die „Reformer“ und die „Leute für gute Regierung“ traten mit einer „Reformliste“ auf. Die folgende Wahl brachte einen Kreis als Bürgermeister, dem die Schriftlichkeit aus allen Richtungen fehlt. Es ist bezeichnend für den niedrigen Stand der Moral in Amerika, daß einem Mann, von dem weiter nichts bekannt ist, als daß er ehrlich ist, beständige Kränze gewunden werden und die höchsten Tümer zur Verfügung stehen, wenn auch nicht immer. Zwischen steht die Unionsozialistin Nennam am „Jordan“ und wundert sich über das spießbürgertliche Geschehen gegen ihre Korruption. Jetzt versucht sie einen Kompromiß mit Kreis und Stett., der sie wieder auf den kommunalen Gutstag bringen soll. Der ehemalige Unionbürgemeister Schmitz steht unter Anklage wegen Erpressung, Besiegung und ähnlichem. Er geht als freier Mann, unter Bürgerschaft, in der Stadt herum.

Amerikanische Staaten und Gemeinden haben Reformbewegungen genug gesehen. Zutreffen waren sie auch erfolgreich — für einige Wochen. Wenn die Sanierung gerade gelungen schien, platzten an anderen Stellen die Eiterbeulen wieder auf. Die gegenwärtigen Prozesse in San Francisco fesseln das Auge der Öffentlichkeit, lenken es von dem eigentlichen Kern des Übelns ab. Und wenn die Verfolgung der großen Diebe durch Sieg oder Indifferenzismus beendet sein wird, dann wird es gerade wieder Zeit sein, neue Anstrengungen zu machen gegen inzwischen im stillen gehobene Krebsfieber. Wie die Verfolgung der Korruption auch enden mag, die „Leute für gute Regierung“ — damit sollen die paar wirklich Schriftlichen, die sich finden mögen, gemeint sein — werden die Betrüben sein. Denn die Mitherrschaft, die sie besiegten wollen, wird vom kapitalistischen System geboren, gefördert und gehalten. Und an diesem zu tödlichen, ist noch keiner von ihnen eingefallen.

## Eine Darstellung.

In den Nummern 39 und 40 des Deutschen Metallarbeiter, dem Organ unserer christlichen Freunde, wird kampfhaft versucht, die ungeheure Blasphemie und den schamhaften Verlust von Badisch-Rheinfelden an ihm zu revidieren und durch Schimpfen auf den Deutschen Metallarbeiter-Verein die Entwicklung der christlichen Mitglieder von sich auf andere zu lenken. Vergleichbares Bewähren. Alle Schimpfer will die guten Leutchen nicht verhindern und die in Rheinfelden aufgedrehte Begegnung einzelner christlicher Führer wird ein ewiger Schändsack in der Geschichte dieser Ausarbeitungsorganisation bleiben.

Wir haben den Raum der Metallarbeiter-Zeitung bis heute noch nie für diese Sache benötigt. (Eine Röte darüber drücken wir in Nr. 35, Seite 279, Abb.) Aber wir wollen sie nun eingehend höhern, um ein für allemal festzustellen, in welch stuppeliger Art und Weise christliche Führer ihre eigenen Mitglieder und die Öffentlichkeit zu misshandeln ver suchen.

Bereiten wollen wir vorherzu, daß die Christlichen die gründliche Sanierung einzäig und allein sich selbst und dem sozialistischen, zum Teil gewissen Verhalten ihrer Strategen Engel und Thelen zuschreiben haben.

Zu den Aluminimwerken zu Badisch-Rheinfelden wollten die Christlichen auch bekannte Männer „eines neuen“ Angeklagt worden zu gut organisiert. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß es sich durchgehends Müdigkeit waren, die es ein paar Wochen des Verbands angejagt. Doch Herr Bieber war selbst damit einverstanden, dort einmal die „Stärke seiner Organisation“ zur hohen Erfüllung zu bringen. Doch es kam anders. Das Werk in Rheinfelden, das ja nur einen kleinen Bruchteil der Beschäftigten Aluminimwerke darstellt, hat wohl erst Daseinsberechtigung, doch die Generaldirektion warf die ganzen Angeklagten über den Haufen. „Gar nichts gibts“, erklärte die Generaldirektion, „und wenn es nicht geht, der weg gehen!“ Die christlichen Arbeiter traten darauf in den Streit. Ihr Bezirksleiter Engel machte den Seiten die größten Verwünschungen, daß es ja kein „christlicher“ Verband eingeschlossen sei, wie bei den Jahren „Macht“ und große Woche. Die Alten begannen. Eine ziemliche Anzahl Christen meinte den Anfang zu nicht mit. Weiter und Weitere kamen im Berle und Essenerischer Raum noch bedeutsamere Leute aus ein. Das waren diesmal größere Kommandos jüngerer Elemente gab es Prost. (Siehe Nr. 36 der M.-Z., Seite 279, Abb.) Ein Streitkader wurde eröffnet, ein anderes Mitglied der Christlichen Jünger vertrat. Die Christen griffen ein und der Streit wurde beendigungslösbar werden.

Somit stand die Sache nicht viel, weil uns beide verstoßen waren, so mit die befürbten zu befürben. Doch das Verhalten der Christlichen nach der berücksichtigten Sache zeigte uns dass Statt zuhören zu sehr und aus der Geschichte zu lernen, rückte die Christlichen in Zweite heraus und ließen allzuviel Verwünschungen ab, in denen die „Schande“ der Christlichen in Rheinfelden und das „kämpfende Schicksal der freien Gewerkschaften“ in bewusster Weise benutzt wurden.

Die Christlichen schreibe gaff die Sache auch auf und weil es ja auf eine Handvoll 2 üg. nicht auskommt, so mußte sie die Reaktion zu einer „Sozialdemokratie“ und aus dem „christlichen Engel“ sowie der „christlichen“ (christlichen) aus beiden übernehmen. Da gegen vertrat sie keine Partei und sollte, ohne irgend gegen die Christen ausfällig zu werden, nur ja, den die Sozialdemokratie mit der Sache gar nicht zu tun haben, ja aber eben auch offen die christlichen Sozialdemokratie bestreiten befehlte werden. Doch was ging in der Meinungsspreche der Lang los:

Sehr der christliche Bezirksleiter Engel nach die Streitenden haben mit den Radikalisten in Rheinfelden etwas zu tun (Durchsetzungswillen mit einer Fazette und die Gratulation.) Einzig und allein die Sozialdemokratie. Die hat nicht auf ihre

Mehrung gekommen sind, werden solche Unfälle verhindert haben, um von ihr reden zu machen. Sozialdemokratie führt haben die Sache ausgebaut, haben dann Anger mit dem Meister bedroht ic.“ Und Herr Engel vermittelte nun, „um Ruhigstellung zu geben“, was die Christlichen in Badisch-Rheinfelden für die Kinder betreut hätten. Dogen wir dabei dem „christlichen“ Don schen Metallarbeiter, Nr. 35, Seite 274. Es steht da:

1. Die Ruhehaltungszusage von 20 M. pro Tag wird garantiert.
2. Es wird ein Arbeiterausschuß gebildet, wozu zwei Drittel die Arbeiter und ein Drittel die Firma Vertreter entsendet. Innerhalb drei Tagen soll derselbe gebildet werden.
3. Eine Lohn erhöhung von 10 Prozent wird zugestanden. Röhre Einzelheiten soll der Arbeiterausschuß mit der Firma vereinbaren. Spätestens bis zum 15. September soll dieselbe gesetzt sein.
4. Die zuletzt eingestellten Arbeit willigen werden von der Firma wieder entlassen.
5. Einige Streikende werden wieder eingestellt, mit Ausnahme solcher, welche als Führer des Landstreiks schuldig befunden werden.
6. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sinden nicht statt.
7. Die Streikenden verpflichten sich, gegen frühere Arbeitswillige oder Meister sich ruhig zu verhalten; ebenso darf den Streikenden wegen des Streiks nichts in den Weg gelegt werden. Wer hiergegen verstöbt, sei es Meister oder Arbeiter, wird entlassen.
8. Die Streikenden erklären, daß sie die Arbeit sofort wieder aufzunehmen bereit sind.“

Alles dies war also „ertungen“. Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter behauptete es und die ganze Zentrumspresse stimmt ein Siegesgefühl an. Doch es kommt anders, und wir möchten unsere Kollegen ersuchen, daß nach sieben genau zu beachten, denn gründlicher ist diesen Deut. Engelsch. Flugblatt heraus und laden dadurch selbstverständlich den Zorn des „Gewaltigen“ auf uns. Er plauschte darum ein elendes Machwerk als Gegenflugblatt zusammen, in dem er durch bedeutlos gemernes Schimpfen Latschen hinwegzulügen versuchte. Es ist aber bezeichnend, daß dieses Flugblatt in Rheinfelden selbst nur in ganz wenigen Exemplaren verteilt wurde, wahrscheinlich aus leicht erklären Gründen. Sagten doch die Mitglieder des christlichen Verbands dort, daß das, was in dem Engelschen Flugblatt behauptet werde, völlig erlogen sei, das Flugblatt vom Deutschen Metallarbeiter-Verband enthalte aber nur Tatsachen.

Nun wurden aber die Mitglieder des „christlichen“ Verbands ungenügend. Sie wollten wissen, wer liegt und verlangten von Engel, daß er sich in Versammlungen rechtfertige und beweise, daß die Verbändler die Unwahrheit sagen. In Billingen war die erste derartige Versammlung, zu der auch Bezirksleiter Vorhölzer eingeladen war. Es ist nur gewiß bezeichnend, daß Vorhölzer ausgezeichnet gerade nur zu dieser einen Versammlung eingeladen wurde, da er an diesem Tage bei zwei Gerichtsverhandlungen in Mannheim Zeuge sein mußte, wo christliche Redakteure wegen ihrer bekannten „Wahrheitsliebe“ zu je 50 M. verknurzt wurden. Man rechnete darauf, daß er nicht in Billingen erscheinen könnte, allerdings vergebens. Zu einer anderen Versammlung in Würden wir geladen und wir hatten auch keine Kenntnis von ihrem stattfinden. Aber der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter bringt es trotzdem fertig, uns „kreisen“ zu unterscheiden. In Billingen ging es ja nun Herrn Engel Schimpfen über die Führer der freien Gewerkschaften — und als ihm dann ein paar Zwischenrufe gemacht wurden, unterbrach er sein Referat und lief davon, trotzdem ihn seine Mitglieder noch am Arm hielten und schlechtlich baten, doch dazubleiben. Ein schöner Führer, der seine Gruppen so im Stiche läßt. Was Engel nun über diese Versammlung zusammen schwindelt, legen wir ruhig zu dem Übrigen. Er wäre sogar angeholt worden. Bitte, von wem denn? Ebenso schenken wir ihm, was er über die „halbwüchsigen Burgen von Schwenningen“ schreibt. Engel hat in Billingen versprochen, auch nach Schwenningen zu kommen, wir warten auf ihn und die „halbwüchsigen Burschen“ warten auch. Im übrigen hat die Bezirksleitung des 9. Bezirks, der 41 000 Mitglieder hat, mehr und wichtigeres zu tun als fortgesetzt den Wahrheitsfreund Engel zu entlarven. Einmal genug!

Doch wie sich Engel in Billingen aufführte, dafür ein paar kleine Beispiele. Unter Flugblatt wäre ein „etiges Machwerk“, weil es keine namentliche Unterschriftung trug. (Es war unterschrieben: „Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.“) Dies sagt denselbe Engel, der sich zirka ein halbes Dutzend „christlicher“ Flugblätter unter die Nase halten lassen mußte, die ganz in derselben Form unterzeichnet waren. — „Die freien Gewerkschaften hätten in Rheinfelden gar nichts getan, sie hätten auch keine 300 M. gesammelt, sondern nur ein einziger Mann hat gesammelt, und der nur 81,20 M. und wenn mehr gesammelt sei, so haben es die Sammler einfach unterschlagen.“ Dies sagt der gleiche Mensch, der ein paar Wochen zuvor sich in öffentlicher Versammlung in Rheinfelden ebenfalls für die Unterstützung durch frei organisierte Arbeiter —

„Er wäre von frei organisierten Führern mit dem Messer bedroht worden“, erklärt Herr Engel und „die frei Organisierten hätten den Revoluzzer gemacht.“ — Und damit auch der Humor nicht fehlt, erklärte er: „Vorhölzer habe bei der Bewegung der christlichen Arbeiter in der Fahrzeughallenfabrik in Ulrichsberg 1906 die frei organisierten Metallarbeiter mit der Hundespitze gezwungen, Streikbrecher zu machen.“ Es ging aber noch weiter und tempelte die Führer der freien Gewerkschaften an, indem er sagte: „Diese zu verklären hat keinen Zweck; sie sind alle preußisch eingerichtet.“ Eigentlich wußte er mit folgenden Behauptungen herauszulügen, indem er erklärte:

Am Schluß der Verhandlungen waren wir nicht dabei. Es ist da wohl möglich, daß uns (den Christlichen) der Landeskommissär mehr versprochen hat, als die Fabrikleitung zugesagt, damit der Streit beendet wird, denn der Großherzog von Baden hat alle halbe Stunden telefoniert, ob denn der Streit noch nicht beendet sei.“ (Einige Tage später machte sein Kollege Ehelen in Ulrichsberg das gleiche, der erklärte: „Dass ein Landeskommissär auch lügen kann, haben die Führer der freien Gewerkschaften nicht in Betracht gezogen.“)

Den fortgesetzten Probationen gegenüber blieb ja nun die Versammlung in Billingen die Antwort nicht schuldig; Engel wurde einige Zwischenrufe gemacht, dann ließ er, wie schon bemerkte, davon und die Christlichen wollten die Versammlung schließen, ohne daß Vorhölzer das Wort erhalten hätte. Dies ließen wir uns nicht gefallen, sondern führten die Versammlung weiter und Engels Wahrheitsliebe wurde ins rechte Licht gestellt. Zum Schluß fand nachstehende Resolution mit über 200 gegen 2 Stimmen Annahme:

Die heute, am 21. September 1909, in Billingen tagende, durch stark besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung, welche vom christlichen Metallarbeiter-Verband einberufen war, erklärt, daß sie nach Anhörung des Referenten Engel und der Diskussionsredner Vorhölzer vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und Wörner vom Fabrikarbeiter-Verband zu der Überzeugung gekommen ist, daß sich das von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verbreitete Flugblatt über die Vorgänge in Badisch-Rheinfelden nur auf Latschen stützt, während die Antwort von Engel und Ehelen nichts anderes wie gemeine und niederrädrige Beschimpfungen enthält, ohne auch nur im geringsten zu beweisen, daß Engel die Arbeiter der Aluminiumwerke nicht gewissenlos geschädigt hat.

Die Versammlung ist deshalb zur Überzeugung gelangt, daß die christlichen Gewerkschaften, besonders der christliche Metallarbeiter-Verband, die Interessen der Arbeiter in keiner Weise wahren und vertreten sieht deshalb, mit allen Mitteln für die Ausbreitung und Fortsetzung der freien Gewerkschaften einzutreten.

Die Sitzung war in der Versammlung unter Leitung H. Storch (Rheinfelden) eröffnet und der Vorsitz des Metallarbeiter-Vereins, Genosse Werner, erlosch nach nur 20 Minuten sprechen und verließ die Sitzung, als er in seinem Amtsauszug auf Rheinfelden zu sprechen kam.

Über die geistlichen Heiden schien bei Ihnen Nachfrage zu bestehen doch ein Haar gefunden zu haben. Und kam folgende

Karte in die Hände, deren Text gleich beschriftend ist; sie ist getragen an den Vorsitzenden der „Christlichen“ in Trierberg:

Rabolzgell, den 28. 9. 09.

Starker Grundl, Sieger dafür, daß unsere Deutsches sämtlicher Berufe, auch Metallarbeiter des Gesellen- und Arbeiterverbandes ist, nächsten Samstag frühzeitig das Votum beschließen, denn die Roten kommen schon vor 8 Uhr und suchen unsere Versammlung unendlich zu machen. Vorholzer wird wahrscheinlich auch kommen. Also noch einmal: agiert für unsere Versammlung, wo Ihr könnt. Emil Engel.“

Über die Karte hat nicht gegeben. Genau wie in Billingen, so waren selbst in der Versammlung waren, so waren in Trierberg trotz Gesellen- und katholischen Arbeiterverein und den anderen christlichen Organisationen nur circa 20 Mann da. Wir verzichteten auf

den abwechselhaften Genuss, den Unruhen eines Treibens dort anzuhören und blieben weg. In Kurtwangen stand sich in einer

von uns schon lange festgelegten Versammlung Engel ein, verlangte — beschieden, wie er ist — eine andere Tagesordnung und machte dann mit seiner Sprenggarde den missglückten Verlust, durch Rabolz die Versammlung zu sprengen. Dies gelang ihm nicht, denn der Wirt erklärte ihm ganz gelassen: „Wenn Sie jetzt nicht ruhig sind, dann schmetze ich Sie hinaus“ und Engel war dann auf einmal still. Über weg gelaufen ist er dann sofort, als er

das Wort erhalten sollte: „Er fliegt sich dem Swange, vom Krebskopf aus wie jeder Diskussionsredner zu sprechen, nicht.“ Sein Verhalten in Kurtwangen erfuhr aber nachmittags in Glottern

noch eine nicht zu knappe Rüchtigung. Dort war Engel referent, die Versammlung nach Trierberger Muster gemacht. Anwesend waren 35 Frauen und Mädchen, meistens die Frauen und Töchter oder Verwandte Christlicher Mitglieder, dann 18 Männer von Kurtwangen und ganze 18 von Glotternbach. Die anderen 150 Anwesenden ver-

sammelten sich auf Indifferente und Mitglieder von uns. In der Versammlung wurde nur Engel gründlich enttarnt. Namen doch nach Vorholzers Ausführungen eine Anzahl Bürger und Unorganisierte zu ihm und erklärten: „Das ist es sich aber mit einem

wir nur bedauern. Der Mensch ist nicht wert, daß man ihm noch Beachtung schenkt; wir haben genug von dem, nachdem wir jetzt wissen, wie wir mit dem dran sind.“ Erklärte doch Engel in der Versammlung auch, es wäre ihm gleich, wenn Christliche, die in den Kreiswall eingestellt, ins Buchthaus kämen.

Doch die Sache hatte nach den Versammlungen noch ein weiteres Nachspiel. Wir empfehlten dem „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter, „die Aussklärung und zur Anwendung unseres Schwindels“ folgende neuzeitliche Erklärung des Großherzoglich badischen Landeskommisärs Straub zu veröffentlichen. Auf den ihm von Engel und Treibelen gemachten Vorwurf schwieg nämlich der Mann nicht, sondern er lästerte den Schleier. In Nr. 118 vom 2. Oktober 1909 des Rheinfelder Anzeiger erschien er folgende Erklärung:

„Der Streit in Trierisch-Rheinfelden betr.

Neuerliche unrichtige Darstellungen über Verlauf und Inhalt der Verhandlungen vom 15. August ds. Js. in dem Streit der Aluminiumwerke in Badisch-Rheinfelden nötigen mich zu einer nochmaligen zusammenfassenden Rüchtigung.

Bei dem im Laufe des Vormittags mit der Streikkommission geplagten Verhandlungen hatte diese zuerst in ihren Forderungen eine bestimmt in dem Vohnerhöhung verlangt. Ich riet auf Grund einer unmittelbar vorher mit Vertretern der Fabrik stattgehabten Vorbesprechung dringend ab, überhaupt bestimmte, zahlenmäßige Vorschläge hinsichtlich der Vohnerhöhung zu machen, da solche Vorschläge völlig aussichtslos seien und eine Einigung unbedingt ausgeschlossen; dagegen empfahl ich als Grundlage für etwaige Verhandlungen mit der Fabrikleitung, welche ein Eingehen auf Verhandlungen zunächst überhaupt abgelehnt hatte, eine Fassung, in der im allgemeinen der Wunsch nach einer Vohnerhöhung zum Ausdruck kam.

Schließlich stellte die Streikkommission ihre Vorschläge selbst wörtlich wie folgt fest:

1. Einstellung der streikenden Arbeiter; jede Maßregelung ist ausgeschlossen.
2. Konstituierung eines Arbeiterausschusses unter dem Vorsitz einer neutralen Personlichkeit, vielleicht eines Beamten der Verwaltungsbühne.
3. Mit diesem Arbeiterausschuß sind die weiteren Verhandlungen bezüglich der Vohnerhöhung zu führen.

Herr Rechtsanwalt Mühl, den die Streikkommission zu den Verhandlungen beigezogen hatte, schrieb dies mit eigener Hand nieder. Die Riederschrift wurde mir übergeben und ist meinen Alten angehängt. Es ist also eine Verweichung, wenn es in einem von Herrn Emil Engel und Wilhelm Treibelen unterzeichneten Flugblatt heißt, ich hätte Herrn Engel diese Riederschrift übergeben.

Diese vielmehr mir von der Streikkommission übergebene Riederschrift bildete sodann die Grundlage für die Verhandlungen mit der Fabrikleitung. Sie erfuhr bei diesen wegen der Behandlung grundärmer Fragen besonders schwierigen und langwierigen Erörterungen verschiedene Aenderungen. Das schließlich Ergebnis, das gerade beängstigend der Vohnerhöhung erst nach Überwindung vieler Schwierigkeiten erzielt werden konnte, war folgendes:

1. Die streikenden Arbeiter werden wieder eingestellt, sofern sie sich nicht strafbar gemacht haben. Eine Maßregelung findet nicht statt.
2. Ein Arbeiterausschuss soll gebildet werden.
3. In demselben werden auch Lohnfragen behandelt; eine Vohnerhöhung wird in Aussicht gestellt, sobald bessere Konjunkturen eingetreten sind.
4. Belästigungen der Mitarbeiter geben der Fabrikleitung das Recht zur sofortigen Entlassung.

In einer zweiten Verhandlung mit der Streikkommission abends 8% Uhr teilte ich ihr dieses Ergebnis mit; dabei wies ich darauf hin, wie schiefelig es gewesen sei, dasselbe zu erzielen; es sei insbesondere nicht möglich gewesen, zu erreichen:

- a) daß ein bestimmter Zeitpunkt bezeichnet wurde, von welchem an die Vohnerhöhung einzutreten soll;
- b) daß die Voraussetzungen näher festgestellt wurden, bei denen Erfüllung die besseren Konjunkturen sorgen sollten als eingetreten angenommen werden.

Ich fügte aber bei, daß, nachdem die Fabrikleitung schließlich eine Vohnerhöhung bei Eintritt besseren Konjunkturen in Aussicht gestellt habe, kein Grund vorliege, an der sozialen Erfüllung dieser Zusage zu zweifeln; man könne und sollte ihr vielmehr Vertrauen entgegenbringen. Die Hauptsache sei jetzt, daß der Streit unverzüglich beendet werde.

Mehr als hier nach die Fabrikleitung zu gesagt hat, konnte ich nicht versprechen und habe ich nicht versprochen.

Der bestimmt Bedeutungen, etwas ausgesetzt war, sondern in ein einem Konkurrenz- oder dem einen gemeinsamen Interessen bei den Verhandlungen am Morgen die völlig ausgeschlossen hatte. Im Verlauf des späteren Verhandlungen überdeckte es nicht die Rechte der Metallarbeiter-Vereine gefunden habe. Wie bei der geistlichen Christlichen Partei herausstellte, war es sehr verständlich, daß die sozialdemokratische Partei ihm zu Friede ging.

Die Streikkommission beschloß sodann, den Streikenden die Beendigung des Streiks unter den mitgeteilten Bedingungen zu empfehlen.

Was Herr Engel über das Ergebnis der Verhandlungen in der sich unmittelbar anschließenden, nahezu zweistündigen Vollversammlung der Streikenden berichtete, entsprach sich mit einer Kenntnis, die ich ihr nicht anwohnte. Nach Schluß der Versammlung (11 Uhr) teilte mir Herr Engel schriftlich mit, daß die im Christlichen Metallarbeiter-Verein organisierten Arbeiter der Sigma Aluminiumwerke in Badisch-Rheinfelden einstimmig beschlossen hätten, den Streit aufzuheben und am anderen Morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wenn meine Bemühungen darauf eingerichtet waren, den Streik mit allem Nachdruck noch am 15. August dem Ende entgegenzuführen, so leitete mich dabei der Gedanke, daß die Wiederholung von Ausschreitungen unter allen Umständen vermieden werden müsse und daß, solange der Streik und die damit verbundene Erregung noch fortwährt, weitere Ausschreitungen zu befürchten wären, und zwar um so mehr, als am 15. August ohnedies die Frist zur Räumung der Arbeitserwähnungen der Streikenden abgelaufen war, diese daher ja nach der Anordnung der Fabrikleitung am andern Tage obdachlos werden könnten.

Durch Fortsetzung der Polemik über den Streik wird übrigens der Sache der Arbeiter schlecht geholfen. Die Streikenden konnten nun einmal nach Lage der Sache nicht mehr erreichen, und in Wirklichkeit almeide in Rheinfelden alles auf, als der Streik beendet war. Die Arbeit wurde ohne Schwierigkeiten wieder aufgenommen und die Ruhe und Ordnung ist seitdem nicht mehr gefährdet worden.

Konstanz, den 29. September 1909.  
Der Großherzogl. Badische Landeskommisär für die Kreise Konstanz, Billingen und Waldshut:

Straub.

Zugen haben kurze Weine — die Erklärung des Landeskommisärs geht, wie es um die Wahrheitsliebe der Christenfürscher bestellt ist. In Nr. 40 des „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter verbrechen sie aber nun trotz allerlei noch folgenden blühenden Blödsinn: „In Radolszell habe ein Former namens Faust erklärt, er sei derjenige, der die Leute am 18. August zum Sturm auf die Fabrik aufforderte, doch sei er nicht so dummkopf gewesen, in Deutschland zu bleiben, sondern er sei in der selben Nacht nach dem Kreiswall sofort nach der Schweiz und so der Verhaftung entgangen, ebenso habe er (Faust) dem Vorholzer das Material zu seinem Flugblatt gegeben.“

Dazu sei bemerkt, daß ein Former Faust uns unbedingt ist. Wir haben unser Material auch von keinem Former, sondern von christlichen und freiorganisierten Arbeitern aus Rheinfelden und aus den veröffenlichten Erklärungen des Landeskommisärs. Dass aber ein und derselbe Arbeiter, der erklärt, gestürzt zu sein, damit er in Deutschland nicht verhaftet wird, einige Tage später in Deutschland in öffentlicher Versammlung sich als Unruhestifter bezeichnet, ist nur dann möglich, wenn es sich um ein vielleicht von den „christlichen“ vorgesetztes Individuum handelt, das bestellt Arbeit mit seiner Erklärung machte. Der Betreffende ist, wie uns mitgeteilt wurde, ein notorischer Landstreicher, ist weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Selbst Engel hat ihn am 22. September in der Versammlung in Radolszell als befreiten Frei erklärte. Über im „christlichen“ Duisburger Organ wird er gegen uns ausgespielt! Die Leute am „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter wissen sehr gut, wer den Kreiswall mache. Charakteristisch ist es jedenfalls, daß bei dem Kreiswall in den Arbeiterwohnhäusern nur die Fenster von Streikbrechern, Vorarbeitern und Meistern eingeworfen wurden, dagegen nicht ein einziges Fenster einer Wohnung, wo Streikende wohnten. Wenn der von christlicher Seite inszenierte Kreiswall nicht größerem Umfang annahm, so einzig und allein deshalb, weil es freiorganisierte Arbeiter waren, die trotz der Drohungen christlicher Führer die Leute zur Ruhe mahnten und auch zur Ruhe brachten.

Den anderen Unruhen im „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter zu beobachten, verhindert sich nicht. Man vergleiche die „Erfolge“ der „christlichen“ in Rheinfelden (siehe eingangs) und die drei Erklärungen des Landeskommisärs Straub. Das genügt.

Drei Fragen des Engel wollen wir jedoch beantworten, da diese durch die Erklärungen des Landeskommisärs noch nicht völlig beantwortet werden. Wir sollen unter anderem den Beweis dafür erbringen:

1. daß kein Arbeiterausschuß gebildet wurde. Ja, es wurde einer gebildet, vor zirka 8 Tagen, doch bestehter nur ist ist, die Streikbrecher!

2. das ist, das der Landeskommisär den Vermittler über den Hausflur gemacht hat. Es ist richtig: der Landeskommisär hat bei den entscheidenden Verhandlungen den Vermittler nicht über den Hausflur gemacht. sondern die Verhandlungen fanden in der Wiese statt, daß die Behörden und die Generaldirektion im Schlosshaus, die christlichen Führer und die Streikkommission zirka 150 Meter entfernt in einer Wirtschaft saßen.

3. das ist, daß Engel bei der Beerdigung des erschossenen Arbeiters bestätigt war und hinter ihm eine rote Fahne getragen wurde. Es ist richtig: Engel erwies seinem Kollegen nicht die legitime Ehre. Über am anderen Morgen ging er im Demonstrationzug an der Spitze und hinter ihm wurde die Fahne des katholischen Arbeitervereins getragen, deren rote Seite nach innen gekehrt war.

Allen anderen Unruhen von Engel zu widerlegen, haben wir haben wir nicht mehr nötig. das ist, wir und die Streikbrecher nennen, die das, was wir bestimmt, zu bestätigen, zu bestätigen getötet sind.

Im Vertrag des „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter ist der von Vorholzer dem Engel in Billingen gemachte Zwischenfall: „Ich bin noch nicht bereit und dahin ausgelegt, als wenn Vorholzer in der Verfassung gewiesen sei, in der man Engel zur rechten Zeit treffen kann. Wenn sich der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter in Rheinfelden erfüllt will, dann werden ihm die dortigen christlichen Mitglieder erklären, was sie uns erklärt haben: „Ja, wenn der Karl (Engel) nicht immer besessen gewesen wäre, wäre es wohl anders gegangen.“ Und diese Leute müssen es doch wissen.

Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter brachte es in Nr. 36 fertig, von erfundenen Nachrichten der sozialdemokratischen Presse über den Rheinfelder Streik und seine Begleitererscheinungen zu schreiben und er setzte hinzu, daß diese Presse gar nicht mehr, wie sie sich selbst widersprechen. Das soll bewiesen sein durch eine Notiz der sozialdemokratischen badischen Blätter und darüber hinaus, die vor den „erfundenen“ Nachrichten veröffentlicht worden sei. Hierbei sei geschrieben worden: „Die Ausständigen bestehen sich mit bewunderndswürdiger Zurückhaltung. Die Streikfahrt gab sich rechtlich Rücksicht, ihre Leute vor Gewalttägkeiten zu

richten, obwohl es auf der anderen Seite an Gewalttägen nicht fehlt.“ Diese Notiz kommt aber von niemand anderem als von dem Herrn Engel, er hatte sie an den Sozialisten sozialdemokratische Presse vom Rheinland geschenkt, das er angenommen und den da aus dem Weg in die badische sozialdemokratische Presse gefunden habe. Wie bei der geistlichen Christlichen Partei herausstellte, war es sehr verständlich, daß die sozialdemokratische Presse ihm zu Friede ging.

Nach ein Anhänger hätten wir. Wenn der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter doch berichtet und die Abmachungen und Kommanisare vom Streikwart in Rheinfelden im Wortlaut veröffenlichten und dann vom Landeskommisär Straub veröffenlichte leicht Rücksichtnahme gegenüberstellen wollte. Dies würde die christlichen Arbeiter doch interessieren. Er hat bis jetzt nur von einer Nebenlage geschwärmt, die wir in Mannheim erholt haben sollen, aber veröffenlicht hat es die Abmachungen bis heute noch nicht. Warum denn nicht?

Damit Schluß. Ob Engel und als Vertreter über alle anständigen Menschen erklärt, ist uns gleichgültig; wir überlassen das Urteil über uns jederzeit dem Offenheitlichkeit, der wir die Tatsachen unterbreitet haben. Wir haben nur den einen beschlebtenen Wunsch, daß Engel in unserem Vertrag noch recht lange thätig sein möge, denn ein Mensch, der die Sache der Christlichen Arbeiter wieder aufzugeben scheint,

Karl Vorholzer.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Fertäume zu vermeiden und eine geregelte Beitragssatzung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 17. Oktober der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Oktober 1909 fällig ist.

### Übertritte von schwedischen Metallarbeitern.

Infolge des Generalstreiks in Schweden sind in nächster Zeit häufiger Übertritte von aus Schweden zureisenden Mitgliedern des Svenska Järn- und Metallarbeiter-Förbund (Schwedischer Eisen- und Metallarbeiter-Verband) zu erwarten. Zur Information über die Wohlbehörung von Übertritten ist darauf hinzuweisen, daß im schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verband kein Einheitsbeitrag wie in unserem Verband erhoben wird, sondern die Verwaltungstellen in ihrem Wirkungsbereich zur Erhebung gelangenden Beitrag alljährlich festsetzen. Bei dieser Beitragssatzung ist maßgebend, daß an die Hauptklasse des schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbands abzuliefernde Grundbeitrag 40 Ore gleich 45 g pro Woche beträgt. Das ist ungefähr die gleiche Beitragssatzung an die Hauptklasse wie in unserem Verband, es ist daher den vom schwedischen Metallarbeiter-Verband zu unserem Verband übertriefenden Mitgliedern die gefaßte Mitgliedschaftsdauer anzurechnen, also von einer Umrechnung der Beiträge Abstand zu nehmen.

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß auf verlorene oder gestohlene Mitgliedsbücher von Unbefugten Reisegeld erhoben worden ist. Das veranlaßt uns, die Reisegeldauszahlung erneut darauf hinzuweisen, bei der Auszahlung von Unterstüzung stets die Unterschrift in dem Buch mit der auf der Quittung zu vergleichen und in Zweifällen weitere Legitimation zu verlangen. Dringend werden die Mitglieder ersucht, auf ihre Mitgliedsbücher besser acht zu geben. Die Bücher werden des öfteren mit großer Leichtfertigkeit behandelt. Das Mitgliedsbuch ist als ein Wertpapier zu betrachten und demgemäß stets auf das sorgfältig aufzubewahren.

Die Ortsverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu den regelmäßigen Versammlungsanzeigen im Verbandsorgan immer nur die vom Vorstand gelieferten Formulare zu benützen sind. Die Formulare sind nach den aufgedruckten Anweisungen auszufüllen. Geschicht dies nicht, so kann die Redaktion nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Anzeigen nicht nach den Wünschen der Aufsteller ausfallen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatus gestattet:

Der Verwaltungsstelle Ulm 10 g auf die Dauer von 5 Wochen; der Verwaltungsstelle Wiesbaden 10 g auf die Dauer von 12 Wochen; der Verwaltungsstelle Fürstenwalde 25 g auf die Dauer von 4 Wochen; der Verwaltungsstelle Halberstadt 20 g auf die Dauer von 6 Wochen;

der Verwaltungsstelle Bayreuth ein einmaliger Beitrag von 60 g; der Verwaltungsstelle Koblenz 20 g auf die Dauer von 4 Wochen; der Verwaltungsstelle Kottbus 15 g auf die Dauer von 4 Wochen; der Verwaltungsstelle Landsberg a. R. zwei Beiträge à 60 g; der Verwaltungsstelle Senftenberg einen Beitrag à 80 g; der Verwaltungsstelle Soltau zwei Beiträge à 90 g; der Verwaltungsstelle Weimar 30 g auf die Dauer von 4 Wochen; der Verwaltungsstelle Wiesbaden 30 g auf die Dauer von 2 Wochen.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Ausgabe von Extrabeiträgen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Erfurt:

Der Golddruckgraveur Herm. Alter, geb. am 8. Januar 1891 zu Berlin, Lit. A. Buch-Nr. 426261, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:

Der Gießgärtner Willi Bolle, geb. am 9. Mai 1886 zu Magdeburg, Buch-Nr. 718309, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragszetteln.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover:

Der Klempner Aug. Fried. Kern, geb. am 19. Januar 1883 zu Altona, Lit. A. Buch-Nr. 283865, wegen Schäd. d. Bevölkerung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kassel:



und Söhne u. s. auch direkt nicht gekommen, die Sohn- und Metzgergeschäfte der Söhne fortsetzen zu wollen. Ich habe ein Teil davon. Der Name von den Gütern ist ein Zeichen der Kollegen gekauft worden. Die Erbteilungen, die nach Abschluß des Todes von 1906 gemacht werden sind, geben Veranlassung dazu. Die Unternehmer glaubten durch Einbindung von Herren, die nicht selbstständig arbeiten könnten, um sie zu sparen. Auch betrachtete man, wenn mehrere Monture auf einem Betrieb bestanden waren, nur den als selbstständigen Monteur, dem die Ausübung der Arbeiten übertragen war, während man versuchte, die anderen als Hilfsmonturen zu bezahlen. Um in Zukunft derartige Widersprüche zu vermeiden, wurde der erwähnte Beschluß gefasst. Den Erfolg, den die Leipziger Heizungsunternehmer mit Abschluß ihres neuen Tarifs zweitens zu verzeichnen haben, haben sie lediglich ihrer guten Organisation zu verdanken. Der neue Tarif wird für sie ein Ansporn sein, auf dem einmal beschrittenen Wege weiter zu arbeiten.

### Metallarbeiter.

**Pfarrheim.** Der geistliche Herr Kuhn erfreute uns schon wieder mit einer seiner originellen und witzlich-wahrsagenden "Berichtigungen", auf Grund des § 11 des Preßgesetzes natürlich. Er berichtigte die Korrespondenz in Nr. 40 wie folgt: "Es ist unwahr, daß Herr Kuhn in einer öffentlichen Versammlung in Erlangen sagte: Es sei richtig, daß wir die Aussichtsunterstützung gegen den Willen des Hauptvorstandes eingeführt haben. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß Kuhn gesagt habe: Er müsse angeben, daß sie keinen Volksaufstand hätten. Wahr ist, daß Kuhn sagte: Die Aussichtsunterstützung haben wir seinerzeit, gezwungen durch das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, als lokale Unterstützung eingeführt, und haben die Mitglieder von Jahr zu Jahr darüber zu bestimmen, wie diese Unterstützung gehandhabt werden soll. Bis jetzt liegt für uns die Notwendigkeit nicht vor, dieselbe während des laufenden Jahres zu ändern. Wenn unter Volksaufstand zurzeit ähnlich niedrig ist, so beweise das nur, daß in Wirklichkeit die Aussichtsunterstützung aus lokalen Mitteln bestritten wurde." — Wenn Herr Kuhn seine "Berichtigung" jetzt, wo sie gedruckt vor ihm liegt, noch einmal ansieht, dann wird er bei einem Nachdenken selbst merken, was er damit ausgegeben hat.

**Gaafeld.** In der bekannten Werbausgabe des Werkzeugmaschinenfabrikanten Robert Kuerbach in Gaafeld gegen den Redakteur Scherm der Metallarbeiter-Zeitung wurde am 24. September vor dem Vorsitzende Kubitschek ohne Eintritt in eine weitere Beleidigung folgender Vergleich geschlossen: Der Angeklagte gibt eine Erklärung dahin ab, daß er nicht die Abstimmung gehabt habe, mit dem fraglichen Artikel den Privatläger persönlich zu beleidigen. Der Angeklagte übernimmt die sämtlichen Gerichtskosten und seine außergerichtlichen Kosten. Die Übernahme eines Teiles der Kosten des Privatlagerverschaffens durch den Privatläger ist nicht als eine Folge einer schwachen Position des Privatlägers in diesem Privatlagerverfahren anzusehen. Angeklagter verpflichtet sich, den Wortlaut des Vergleichs in der Metallarbeiter-Zeitung ohne Kommentar zu veröffentlichen.

## Rundschau.

### Verehrte Kapitolswächterei.

Die Nr. 284 der Bergischen Arbeiterstimme vom 7. Oktober enthält folgenden schnurrigen Erguß: "Wenn zwei dasselbe tun, die Metallarbeiter-Zeitung gehört bekanntlich seit der letzten Verstärkung ihrer Redaktion zu denjenigen Gewerkschaftsorganen, die dem Opportunismus und Revisionismus der lebendigen Gelegenheit das Wort reden. Dabei gerät sie manchmal in ergötzliche Widerprüche. In ihrer letzten Nummer bringt sie den Schlussbericht vom Leipziger Parteitag, der natürlich ebenfalls von der Tendenz der Blaumacherie durchwirkt ist, weshalb sie ihr Wirkfallen über das in der Schlusshaltung des Parteitages erneuerte Bekennnis zur Dresdener Taktikresolution zum Ausdruck bringt, indem sie schreibt:

Eine nach unserer Meinung überflüssige Arbeit war die Erbringung eines Antrages von Dittmann (Göttingen) und Genossen, der folgendermaßen lautete:

Überflüssig soll also die Einbringung des Dittmannschen Antrages gewesen sein. Dittmann hat dies Argument schon bei der Begründung seines Antrages entkräftet, indem er unter lebhaftem Beifall ausführte: „Man hat gesagt, mein Antrag spreche Selbstverständliches aus und sei daher eigentlich überflüssig. Ich halte es dagegen sehr notwendig, daß der Parteitag durch die Annahme meines Antrages allen Auslegungsfürsten einen vornehmlichen Platz eingerichtet. Besser, wir reden jetzt kurz darüber, anstatt uns ein Jahr lang in der Presse darüber herumstreiten zu müssen.“

Die in diesem Falle von der Metallarbeiter-Zeitung für überflüssig erklärte Vorberührung falscher Auslegungen, wie sie Genosse Dittmann durch seinen Antrag bezeichnete, findet aber amüsanterweise die volle Billigung und Zustimmung der Metallarbeiter-Zeitung, wenn sie zur Rehabilitierung des Opportunismus und der Blaumacherie erfolgt. Auf der im Februar abgehaltenen Hamburger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte Dittmanns Bruder — einer der Hamburger Delegierten — bekanntlich die Brems- und Bedormungsfunktion der Verbandsleitung und der Gauleiter, die er als Rektor ansetzte, einer scharfen Kritik unterzogen, die Angegriffenen schwer auf die Nerven fiel. Um den Eindruck dieser Rede wieder etwas abzuschwächen, veranlaßte „man“ einen der übrigen Hamburger Delegierten, zu erklären, daß „die Ansichten dieses Redners nicht von allen Hamburger Kollegen geteilt würden“. Das letztere hatte aber Dittmanns Bruder mit seinem Worte behauptet und war auch von niemandem angenommen worden, so daß die Gegenrede wirklich überflüssig war. Da war aber die Metallarbeiter-Zeitung anderer Ansicht. Sie schrieb fröhlichend:

Glücklicherweise erklärte ein anderer Hamburger Delegierter, daß u. s. w. Nun können die Ausführungen des betreffenden Hamburger Delegierten (Dittmann) von den Gegnern wenigstens nicht mehr in lohbarer Weise ausgeübt werden.

Hier beim Verbandstag also hielt es die Metallarbeiter-Zeitung für sehr notwendig, durch eine nachträgliche Erklärung falsche Auslegungen vorzuhüten, was sie beim Leipziger Parteitag für überflüssig erklärt. Sie scheint also dem Schriftstellerischen Grundsatz zu widersetzen, daß es nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun. Zur höheren Ehre des Opportunismus und der Blaumacherie billigt sie, was sie verwirkt, wenn es sich um die Gründlichkeit und Klugheit im proletarischen Klosterkampf handelt. Einmal mehr Logik, Konsequenz und Loyalität könnte ihr sicher nichts schönen.

Als wie die von der Bergischen Arbeiterstimme angegriffenen Söhne schrieben, ahnen wir nicht, daß sie den Gründen des Chefredakteurs des genannten Blattes — Wilhelm Dittmann — in so hohen Grade erlegen würden. Es war auch ein schreckliches Verbrechen, daß wir begingen, indem wir die genialen Sätze dieses hochstrebenden Geistes nicht mit der Erfahrung anstaunten, die er für sie zu beanspruchen scheint. Dieser Sache treibt den gewaltigen Mann sowohl, daß er — ganz gründlich danebenhant und unsern Verächtlichen vom Parteitag „Ende des Blaumachers“ vorwirft. Was ihn wohl zu diesem Vorwurf veranlaßt? Vielleicht wahrgenommene Reaktion, daß die Verhandlungen so schäbig geregelt wurden? Allein auf die Gescheit hin, diesen Sorn des Genossen Dittmann noch viel schärfer anzusuchen, müssen wir gestehen, daß wir trotz seiner gegenwärtigen Meinung es nicht für ein Unglüd halten, wenn einmal eine Anzahl bürgerlicher Blätter sich im Kreis um die Taktik der Partei befindet. Und um etwas Landeres han-

delt es sich ja doch gar nicht. Das geht doch sehr aus der Begehung heraus, die Dittmann auf dem Parteitag zu seinem Untergang nutzte. Wir halten es immer noch mit dem Genossen Kuhn, der als nachfolgender Redner den Wiederaufbau einsetzte, doch der Parteitag seine Diskussion nicht durch die bürgerliche Presse bestimmen zu lassen braucht. Es war seiner nicht der geringste Verdienst, daß vorherrschend, daß die Wiederaufstellung des Kaders als geeignet gewesen wäre, in nachhaltiger Weise die Partei fortwährend angestützen. Es liegt unseres Wissens die jetzt noch kein Tag vor, aus dem Sache aber in dem Falle, den Dittmann zum Vergleich herangezogen. Schon wiederholte haben wir es zuletzt müssen, daß persönliche Angriffe gegen Verbandsfunktionäre nicht nur von Gegnern, sondern auch von Verbandsmitgliedern in einer Weise toleriert wurden, die dem Verband Schaden. Nun hätte auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Präsident des Genossen Dittmann das Recht der Kritik über in der Weise überpeitschliche Angriffe erachtete, Angriffe von solcher Art, daß man, gestutzt auf Erfahrungen, sicher voraussehen konnte, daß sie dem Verband Schaden würden, wenn sie unüberbrochen blieben. Davor war die Desobedientierung dieser Angriffe eine verbreitete Praxis, während wir in dem Vorgang Dittmanns auf dem Parteitag mit dem besten Willen nichts anderes erblicken können als Mißtrauen an die Partei.

Aus dem Gesagten ist zu schließen, daß es gänzlich verfehlt ist, unsere Stellungnahme zu den genannten Vorgängen mit einander vergleichen zu wollen. Es ist ferner verfehlt, wenn die Bergische Arbeiterstimme sich erlaubt, uns „etwas mehr Logik, Konsequenz und Loyalität“ zu empfehlen. Da mag sie gefällig sitzen, der Vorsitz bei sich selber anlangen. Wenn man besonders von der Loyalität dieses Blattes einen Begriff bekommen will, so braucht man nur den mit dd. bezeichneten Leitartikel in Nr. 222 der Bergischen Arbeiterstimme vom 23. September anzusehen.

Wir können dem Chefredakteur der Bergischen Arbeiterstimme vertraten, daß wir, soweit wir persönlich dabei in Betracht kommen — über seine Kapitolswächterei herzlich gesagt haben. Es ist aber doch noch etwas ernsthaftes zu erwähnen. In der „Aussageschrift“ gegen uns heißt es: „Um den Eindruck dieser Rebe wieder etwas abzuwenden, veranlaßte „man“ einen der übrigen Hamburger Delegierten...“ Da müssen wir doch fragen: Wer ist mit diesem „man“ gemeint? Heraus mit der Sprache, aber gefällig sitze du nicht!

### Nationaltagabgeordnete und Schnapsbrenner.

Der Vorwurf vom 2. Oktober enthält einen sehr interessanten Leitartikel. Wir halten es für notwendig, ihn teilweise unter unseren Kollegen zur Kenntnis zu bringen, um so mehr, als die sozialdemokratische Tagespresse von diesem Artikel nur mangelhaft Notiz genommen hat. In dem Artikel ist folgende Liste von Schnapsbrennern enthalten, die zugleich Reichstagssabgeordnete sind, unter Beifügung vom Namen der Gitter mit Schnapsbrennereien, die sich in ihrem Besitz befinden (D. A. — Deutsch-Konservativ, Z. — Zentrum, P. — Pole, D. R. — Deutsche Reichspartei):

Graf Hind zu Hindenstein, D. A., Salzwedel  
Nehel, D. A., Salzwedel  
Fritz Wiedens, D. A., Spandau und Dobrin  
Stubbendorf, D. R. P., Bopel  
Löbster, D. R. P., Neuhof  
Dietrich, D. R. P., Mechelshain  
v. Rappenhoff, D. A., Ahldorf  
v. Dörken, D. R. P., Jessen  
v. Steinäcker, D. R. P., Moenke  
Hans Edler v. Butlik, D. R. P., Vorsfelde  
v. Michaelis, D. R. P., Quakenbrück  
v. Bonin, D. R. P., Bahrenbüscher  
Graf Matthias v. Mielzhynski, P., Chobienice, Großig und Lenka  
v. Erzczinski, P., Goranowlo  
Fürst Radziwill, P., Gorzycz und Przygodice  
Graf Czerny-Osten, D. R. P., Niebe und Bornewitz-Schönau  
v. Hohendorf u. d. Rose, D. R. P., Protzsch  
Ewen, D. R. P., Korschlitz  
v. Kühnholz, D. R. P., Dammsdorf  
Graf v. Proschwitz, P., Scheppanowitz  
Fürst Hobenzoh-Debringen, D. R. P., Zarischaw, Ralitow, Ralitow, Biala, Slawenzitz, Sc. Bassowitz, Al. Bassowitz, Olszina, Chochlau und Glupko.

Also samt und sonders sehr „fristliche“ Herren. Der Vorworts bemerkst dazu:

Die Liste macht keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, es ist leicht möglich, daß uns dieser oder jener Name eines Edlen, der das praktische Geiwerbe der Vergiftung des Volkes mit Husel und die Gesellschaftsmacher in seiner Person verbindet, entgangen ist. Wir wollten nur an der Hand von Beispielen die Katastrophe erläutern, daß unter den Mitgliedern des Schnapsblocus eine Reihe Leute sich befindet, denen aus der Liebesgabe perdonlicher materielles Vorteil erwächst. Wollte man noch in Betracht ziehen, wer von den dießen Dummern und Schlächtern, die den Reichstag dieren, mit Schnapsbrennern verschickt und verjüngt ist, so würde man wahrscheinlich keinen einzigen ausschließen können. Wir seien zum Beispiel, daß der edle Graf Mathias v. Mielzhynski, der überaus eifrig für das Schnapssteuergesetz ist, auf dreien seiner Güter Kriegsgelände produzierten läßt. Im Adreßbuch der Güter der Provinz Posen finden wir eine Komtesse Konstantia Mielzhynska auf Kołowo, eine Komtesse Stefania Mielzhynska auf Samotl, eine Frau v. Kurnatowska geb. Gräfin Mielzhynska auf Domrowo, und alle diese Güter haben Schnapsbrennereien. Wir sind in der Genealogie dieser v. Mielzhynski nicht bewandert, glauben jedoch annehmen zu müssen, daß die Damen Blutsverwandte des edlen Grafen Matthias sind. Somit kommen für das Geschlecht der Grafen Mielzhynski nicht drei, sondern mindestens sechs Brennereien in Betracht; die Liebesgabe führt der Sippe einen ansehnlichen Balken Gelde. Graf Dobnow-Schlobitten hat zufällig seine Schnapsbrennerei auf seinen Gütern, auch der Janusauer Olsenburg nicht, noch Graf zu Stolberg; aber der Dohnas, Olsenburgs und Stolbergs gibt es viele und die meisten von ihnen brennen eifrig Schnaps und stecken die Liebesgabe ein, für die die Repräsentanten der edlen Geschlechter im Reichstage so eifrig wirken.

Nun sollte man meinen, die Herren, die persönlich im Besitz von Schnapsbrennereien sind oder mit den Schnapsbrennern verschickt sind, wären keineswegs den Schein und erhalten sich der Abstimmung bei der Entscheidung über ein Gesetz, das ihnen und ihrer Sippe die Schnapsliebesgabe zuschanzt. Welt gefeiert! Alle diese hochsinnigen Herren, die peinlich bedacht sind, die Formen des Anstandes und der Eoutouise im privaten Leben zu wahren, sie sind es mit dem politischen Anstand und der politischen Moral wohl vereinbar, ihre Stimme in die Wahlhalle zu werfen, wo es gilt, durch ein Gesetz ihnen und den Jürgen auf Kosten der Schnapsdrinker, also zum Teil der Elenden und Enterdien, Extrazölle zu ver-

schaffen.

Der entscheidende, die Liebesgabe betreffende Paragraph des Schnapssteuergesetzes wurde in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 142 Stimmen angenommen. Von den aufgezählten Schnapsbrennern waren ein paar nicht anwesend, die übrigen stimmten mit Ja. Sämtlich sich alle abgeordneten, die persönlich an der Sache interessiert sind, der Abstimmung enthalten, wie es die einsame Unstimmigkeit gebietet, die Liebesgabe wäre gefallen.

Der Vorworts hat noch keine Berichtigungen veröffentlichten müssen. Das Gesagte wird also stimmen. — Ferner machen wir noch auf den in Nr. 235 der Breslauer Volkswoche vom 8. Okt. enthaltenen Artikel mit der Überschrift „Brauerei und Adel“

und Brauerei-Branche“ aufmerksam. Der Artikel handelt von der am 26. Februar 1909 in Berlin abgehaltenen 21. Generalsversammlung des Deutschen Gewerkschaftsverbandes. Diese Generalsversammlung soll im „Reichstag“ stattfinden. Diese Generalsversammlung soll einen sozialdemokratischen Präsidiumsverein bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom Auschusse dieses Generalsversammlungsvereins. Eine kleine Gesellschaft, die da ausgeschüttet wird. Auch sonst enthalte der Artikel jedesfalls keinen sozialdemokratischen Präsidiumsverein zu bilden. Der Präsident erhält die Namen der Mitglieder vom Reichstag und vom

